DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Seit vier Jahren ist der Journalist JULIAN ASSANGE von der Regierung Großbritanniens inhaftiert, weil er US-Nato-Kriegsverbrechen aufdeckte.

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 135, Samstag, 3. Juni 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

NO. 1 in der Aufklärung des Corona-Regimes, *made in Germany* | Bald am KIOSK und jetzt im ABO (Seite 16)

»Weltweit Wahnsinn«

Der Friedensforscher Dr. Daniele Ganser im großen DW-INTERVIEW



Die Welt ist aus den Fugen geraten. Daniele Ganser erklärt, was nun zu tun ist, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Außerdem spricht er über die medialen Diffamierungen gegen ihn. Fotos: René Rickli, Georgi Belickin (Hintergrund)

Der Forscher Daniele Ganser leistet seit vielen Jahren Aufklärungsarbeit, stößt dabei allerdings auf massiven Widerstand. Geltungssüchtige Bürgermeister spielen sich in ihren Städten als vermeintliche Retter der Demokratie auf und versuchen, seine Auftritte zu verhindern.

Der Schweizer lässt sich davon nicht einschüchtern, erwirkt seine Vorträge notfalls vor Gericht. Doch ein weiteres Übel dieser Zeit sind die *Mainstream*-Medien, die mit der Regierung gemeinsame Sache machen und keine Gelegenheit auslassen, um den anerkannten Friedensforscher und Historiker zu *framen*, abzuwerten und zu diffamieren. Ein sachlicher Diskurs und eine faire Auseinandersetzung mit Meinungen und Fakten, die sich außerhalb des gängigen Narrativs bewegen? Nicht erwünscht! Das erleben wir beim Thema Corona auch Mitte 2023 noch, ebenso in Sachen Ukraine-Krieg. Daniele Ganser kennt dieses böse Spiel schon einige Jahre länger. Darüber spricht er ausführlich im großen DW-Interview …

DW: Herr Dr. Ganser, auf Ihren Vorträgen zum Thema »Warum ist der Krieg in der Ukraine ausgebrochen?« verteilen Sie mehrere Rote Karten, unter anderem an Wladimir Putin, Olaf Scholz, Wolodymyr Selensky und mehrere US-Präsidenten. Einige *Mainstream*-Medien werfen Ihnen deshalb vor, Sie würden das Weltgeschehen auf ein Fußballspiel herunterbrechen. Wie kamen Sie auf die Idee?

Dr. Daniele Ganser: Die Rote Karte wird im Fußball bekanntlich verwendet, um klar zu zeigen, dass ein grober Verstoß gegen die Regeln vorliegt. Und auch in der Ukraine gibt es viele Fouls. Meine Vorträge richten sich nicht an Experten, die schon zehn Bücher über den Krieg in der Ukraine gelesen haben, sondern an alle interessierten Menschen, vor allem an jene, die den Eindruck haben, dass die Massenmedien nicht mehr objektiv alle Seiten eines Konflikts ausleuchten. Weil alle die Rote Karte kennen, habe ich mich für dieses starke Bild entschieden, denn es ist einfach zu verstehen. Sofort wird klar, dass verschiedene Akteure eine Teilschuld am Konflikt haben.

Weiterlesen auf Seiten 12 und 13

NICHTOHNEUNS.DE

Wir

INHALT #DW135

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 135. Ausgabe ab Samstag, 3. Juni 2023. | Redaktionsschluss war am 1. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Einer wie er gibt niemals klein bei

Der Preis der Republik geht an Firat Polat.
LAUDATIO von Klaus Müller

Als der Corona-Wahn im Frühjahr 2020 begann und Sucharit Bhakdi zensiert und diffamiert wurde, war für den Stuttgarter Fitnessstudio-Betreiber Firat Polat klar: »Hier ist was faul.«

Daraus zog er seine Konsequenzen: Den diktatorischen Maßnahmen der Regierung widersetzte er sich. Mehr noch: Er rief andere Unternehmer auf, es ihm nachzumachen. Und er riskierte seine Existenz, indem er 2G und 3G boykottierte, die Mitglieder seines Studios »ungeimpft«, ungetestet und ohne Maske trainieren ließ. Die Folge seines couragierten Handelns: Er wurde bei den Behörden angeschwärzt, zudem als »Mörder« und »Asozialer« beschimpft. Und er landete vor Gericht wegen des absurden Vorwurfs der Volksverhetzung, wurde sogar schuldig gesprochen. Als Demo-Redner hatte er anwesende Polizisten direkt angesprochen und ihr Handeln mit dem ihrer Berufskollegen vor 80 Jahren verglichen. Gleichsetzungen in diesem Zusammenhang verbieten sich, aber Vergleiche sind wichtig, um auf drohende Gefahren und Tendenzen hinzuweisen. Nichts anderes tat Polat.

Für den 39-Jährigen sind diese Negativerlebnisse aber kein Grund, klein beizugeben. Am 4. Juli steigt seine Berufungsverhandlung am Landgericht Stuttgart. Bekommt er auch dort kein Recht, zieht er vor den Bundesgerichtshof. Polat lässt sich nicht einschüchtern. Das ist vorbildlich. Und auch im Widerstand bleibt er tatkräftig engagiert. Die Spritzen hält er für sehr gefährlich: In den vergangenen 18 Monaten gab es, so berichtet er, bei ehemaligen und aktuellen Mitgliedern seines Studios acht schwerwiegende medizinische Vorfälle (u. a. Herzinfarkte), in den 13 Jahren zuvor nur einen einzigen.

Trotz aller Widrigkeiten, die ihm von staatlicher Seite bereitet werden, ist er zuversichtlich, dass sich sein Einsatz lohnen wird: »Das Vertrauen in die Politik schwindet immer mehr.« Eines Tages, so sagt er, werden wir »die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen«. Zuvor gibt es für Firat Polat schon einmal diesen wohlverdienten Preis. Herzlichen Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN FIRAT POLAT DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Ästhetik des Widerstands

EINWURF von Werner Köhne

Braucht nicht jeder politische Widerstand eine Ästhetik? Sie erst verschafft uns eine Ahnung davon, was als zu erreichendes Ziel des Widerstands möglich wäre: nämlich ein geglücktes Leben.

Ansonsten bliebe Widerstand in den starren Mustern des Erfolgs befangen, nicht in der Lage, die Dialektik von Macht und Ohnmacht wirklich zu durchbrechen und die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen – was vielleicht kurzzeitig geschah, als vor zwei Jahren das *Danser encore* urbane Plätze in ganz Europa zum Schwingen brachte.

»Leben«, so sah es Paul Nizan, »erscheint nur möglich als Widerstand«. Diese bittersüße Wahrheit scheint allerdings im Konformitätswahn der letzten Jahre verloren gegangen zu sein. Wer sagt noch Nein, wo der kollektive Druck zum Ja immer weiter ansteigt. »Keiner sagt etwas, das nicht ebenso alle sagen könnten. Schaden nimmt dabei die Begabung, dagegen zu sein«, so Botho Strauss. Setzt indes Widerstand zu leisten eine Begabung voraus oder lässt sich dies antrainieren? – Drei Einwürfe dazu:

Die Kölner Edelweiß-Piraten, eine Gruppe von Jugendlichen im Widerstand gegen Hitler, wurden kurz vor Kriegsende von den Nazis hingerichtet. Sie galten als Kleinkriminelle, die vielleicht gerade deshalb einen Sinn für Widerstand entwickeln konnten.

Der Schriftsteller Hans Ulrich Treichel wurde 2020 gefragt, wie er den staatlich angeordneten *Lockdown* ertrage: Ja, der sei kaum auszuhalten, so Treichel, deshalb fiebere er der Impfung entgegen. – Zeigte sich Treichel mit diesem Wunsch nach Erlösung nur als naiv? Ich kann seine Romane jedenfalls nicht mehr lesen.

Mit seinem 1981 veröffentlichten Roman *Ästhetik des Widerstands* wollte Peter Weiss die moderne Kunst mit der Arbeiterbewegung versöhnen. – Sicherlich auch naiv. Allerdings lohnt es sich, Peter Weiss zu lesen. Schon wegen dieser Episode:

Am Pergamon-Tempel auf der Museumsinsel in Berlin sieht Weiss ein Steinrelief, auf dem die Niederlage der aufbegehrenden Giganten gegen die Götter dargestellt wird. Er findet dazu diese Worte: »Rings um uns hoben sich die Leiber aus dem Stein, zusammengedrängt zu Gruppen, ineinander verschlungen oder zu Fragmenten zersprengt.« – Berührend schön diese Sätze!



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112



NACH BHAKDI-FREISPRUCH:

Konzernmedien in heller Aufregung

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Mit Nachdruck hatten die Hetzer der Konzernmedien die Verurteilung von Sucharit Bhakdi gefordert. Der Freispruch aus Plön vom 24. Mai hat sie nun kalt erwischt. Und deshalb schlagen sie wild um sich. Denn ihnen droht die Antisemitismus-Keule als Totschlagswaffe aus den Händen zu gleiten.



Der Epidemiologe Prof. Sucharit Bhakdi wird vor (oben) und nach seiner erfolgreichen Verhandlung am 23. Mai 2023 von der Presse belagert. Foto: Alexander Heil,freiheit-in-der-krise.de

»Im Zweifel für den Schwurbler« titelte die *taz* am 23. Mai 2023, als »Coronaleugner« Sucharit Bhakdi gerade eben vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen worden war. Der *Spiegel* tritt am selben Tag noch einmal nach: Viele Kollegen von Sucharit Bhakdi hätten dessen Thesen im Bestseller *Corona Fehlalarm* als »irreführend oder schlichtweg falsch« eingeordnet.

Den Vogel aber schoss Joachim Müller-Jung von der *FAZ* ab. Seine Philippika vom 25. Mai 2023 trägt den Titel »Das gefährliche Gift der Schwurbler«. Er spricht von der »unerträglichen Entscheidung« des Amtsgerichts Plön, den »Verschwörungsfabrikanten« Sucharit Bhakdi freizusprechen. Bevor seine hasserfüllten Zeilen hier näher analysiert werden, blicken wir auf seine frühere Arbeit.

ERGÜSSE EINER EDELFEDER

Am 18. Juli 2020 kritisiert er das seiner Ansicht nach viel zu lasche Vorgehen in den USA gegen die Ausbreitung von Sars Cov-2 und schürt mächtig Panik, indem er schreibt: »Branko Milanović, prominenter amerikanischer Wirtschaftsautor, hat gegengerechnet: Selbst wenn nicht wie offiziell ein Prozent der Amerikaner infiziert wären, sondern zehn Prozent, wäre es bis zur Durchseuchung, die vor der weiteren Ausbreitung des Virus schützt, mit mehr als einer Million toter Amerikaner zu rechnen.«

Der Leser erfährt nicht, auf welcher Grundlage diese Berechnung beruht – und ebenso wenig, welchen epidemiologischen Sachverstand ein »Wirtschaftsautor« einzubringen vermag. Vier Tage zuvor, am 14. Juli 2020, hatte John Ioannidis als *Preprint* seine erste Metastudie vorgestellt: The infection fatality rate of Covid-19 inferred from seroprevalence data (dt. Die Infektions-Sterblichkeitsrate von Covid-19 entnommen aus den Seroprävalenz-Daten). Warum fragte Müller-Jung nicht damals bei ihm nach? Entweder diese Studie ist ihm bei seinen Recherchen entgangen. Was schlimm genug wäre. Oder aber er hat sie gesehen, aber bewusst ausgespart, weil das seine Panik-Narrative zerstört hätte. Was leider die wahrscheinlichere Variante ist. Oder soll ich einem professionellen Journalisten mangelhafte Recherche unterstellen?

Am 29. April 2021 erfreut Müller-Jung seine Hörer in einem Podcast zum Thema »Was man aus Israel über Impferfolge lernen kann«. Im *Teaser* zu diesem Podcast ist zu lesen: »Aus keinem Land liegen so gute Daten über das Covid-19-Impfprogramm vor wie aus Israel. Die wissenschaftliche Auswertung läuft.«

Wir erinnern uns: Pfizer-Chef Bourla und Israels Premierminister Netanjahu hatten nachweislich vereinbart, dass Israel bevorzugt mit dem Pfizer/BioNTech-Stoff beliefert wird und dafür die Daten aus der Beobachtung der Impfkampagne liefert – jene Daten, die der Hersteller bei ordnungsmäßigem Gang der Dinge eigentlich bereits im Zulassungsverfahren liefern sollte, nämlich anhand aussagekräftiger klinischer Studien. Müller-Jung findet es also völlig in Ordnung, dass in Israel ein Impfexperiment über der Bevölkerung ausgerollt wird, und das auch noch mit einer Injektion, die in Deutschland hergestellt wird. Ob er den Fehler jemals selbst finden wird?

Weiterlesen auf Seite 4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.440	99.131
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.809	82.500
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.754	93.947
Apr.	77.410	83.830	86.222	86.194	83.503
Mai	75.669	75.835	80.876	81.815	
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.468	
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.968	
Aug.	73.444	78.742	76.402	86.507	
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.850	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.237	
Nov.	78.378	85.989	93.915	88.674	
Dez.	83.329	108.792	103.171	114.340	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.064.084	359.081

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

HERZSCHRITTMACHER FÜR FUSSBALL-NATIONALSPIELER

Droheim/DW. Neue Normalität: Woche für Woche gibt es weitere Fälle von medizinischen Auffälligkeiten in der Sportwelt (DW berichtete). Nachdem der sechsmalige dänische Fußball-Nationalspieler Anders Christiansen vom schwedischen Erstligisten Malmö FF in der vergangenen Woche beim Training kollabierte, wurde ihm nun ein Herzschrittmacher eingesetzt. Bei einem C-Liga-Spiel im hessischen Dorheim (Fußballkreis Friedberg) brach ein 23-jähriger Spieler während der Partie tot zusammen. Trotz rascher medizinischer Erstversorgung war er nicht mehr zu retten. (kmü)

ERNÄHRUNGSEMPFEHLUNGEN SIND KÖRPERVERLETZUNG

Baden-Baden/DW. Die *Acura Kliniken* Baden-Baden haben während der Corona-Zeit immer wieder offen Kritik an den politischen Maßnahmen geäußert. In Bezug auf die neuen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) schreibt Dirk Schmitz, Geschäftsführer der Klinik, nun auf *Facebook*: »Die Bundesregierung möchte jetzt in die Kriegswirtschaft einsteigen – was die Ernährung betrifft. Unglaublich aber wahr: Noch deutlich radikaler als im Ersten Weltkrieg.« Schmitz verweist darauf, dass die DGE »eine zu 70 Prozent (!) von der Regierung finanzierte Wunsch-Gemeinschaft zur Umsetzung woker undemokratischer Lebensvorstellungen« sei. [...] Weiter schreibt er: »In der Sache geht es um eine politisch motivierte Mangelernährung von besonders Schutzbedürftigen. [...] Für Kinder im Wachstumsalter und alte Leute ist das strukturelle Körperverletzung durch eine abgehobene Minderheit.« (kmü)

100.000 TOTE SEIT BEGINN DER »IMPFUNG«

Berlin/DW. In den Jahren 2021 und 2022 sind in Deutschland 100.000 Menschen mehr gestorben, als zu erwarten gewesen wäre. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Mathematikers und Statistikers Prof. Matthias Reitzners und des Psychologieprofessors Christof Kuhbandner, die am 23. Mai 2023 mit einer sogenannten *Peer-Review* im Springer-Wissenschafts-Verlag erschien. Im Jahr 2020 habe es keine ungewöhnlich erhöhte Sterblichkeit gegeben. Seit dem April 2021 seien die Sterblichkeitszahlen jedoch stark angestiegen. Demnach sind im Jahr 2021 34.000 Menschen mehr gestorben als unter Berücksichtigung der alternden Bevölkerung Deutschlands zu erwarten gewesen wäre. Im Jahr 2022 starben den Autoren zufolge sogar 66.000 Menschen mehr. Die zusätzlichen Sterbefälle sind hauptsächlich auf steigende Tode in der Altersgruppe 15 bis 79 zurückzuführen. Dies sei »eine Übersterblichkeit, wie sie seit dem 2. Weltkrieg in Deutschland nicht mehr zu beobachten gewesen ist«, so Prof. Reitzner. Die Forscher stellten außerdem einen Anstieg bei der Zahl der Totgeburten fest. 9,4 Prozent mehr im zweiten Quartal und 19,4 Prozent mehr im vierten Quartal des Jahres 2021. Die Autoren ließen in ihrer Studie offen, worin der Anstieg der Todesfälle ab April 2021 begründet ist. Corona konnten sie als Grund ausschließen. Sie legten nahe, dass die zusätzlichen Toten mit dem Beginn der allgemeinen Corona-Impfung im Zusammenhang stehen. (hes)

NACH BHAKDI-FREISPRUCH: KONZERNMEDIEN IN HELLER AUFREGUNG VON PROF. MARTIN SCHWAB | Fortsetzung vom Seite 3



Demokraten aus Deutschland und der Welt munterten Sucharit Bhakdi vor seinem Gerichtsverfahren auf. Dafür wurde ihnen unterstellt, »Sektenanhänger« zu sein. Foto: Alexander Heil, freiheit-in-der-krise.de

Jetzt zu Herrn Müller-Jungs Artikel vom 25. Mai 2023 in der *FAZ*. Es sei unerträglich, schreibt er dort, »einer Ikone der geschäftsmäßigen und boshaften Wahrheitsverdrehung gleichsam den Teppich auszurollen.«

Dieser Satz enthält drei Tatsachenbehauptungen, nämlich (1) dass Sucharit Bhakdi objektiv Unwahres verbreitet habe, dass er dies (2) vorsätzlich, ja böswillig getan habe und (3) dass er damit Geschäfte mache. In allen drei Komponenten handelt es sich um justiziable Verleumdung zum Nachteil von Sucharit Bhakdi.

Müller-Jung referiert dann in geraffter Kürze die Argumente, mit denen das Gericht den Freispruch begründet hatte. Was er danach schreibt, lässt erahnen, dass er – wie offenbar so viele Bhakdi-Kritiker – es versäumt hat, die beiden tatgegenständlichen Videos in voller Länge zu betrachten. Müller-Jung schreibt:

»In der Attacke spiegelt sich das wahnhafte Muster einer von Bhakdi sektenartig betriebenen Querdenkerszene, die allen Ernstes einen Platz in der aufgeklärten Gesellschaft sucht und sich doch gleichzeitig gegen den Staat und seine geistigen Fundemante [richtig: Fundamente] – vornweg die Wissenschaft – mit gezielten Falschinformationen und Verleumdungen bewaffnet.«

Durchsichtiger kann man den Versuch der Konzernmedien, das eigene Totalversagen in der Corona-Krise auf die Kritiker zu projizieren, nicht formulieren. Müller-Jung und viele seiner Kollegen haben mehr als drei Jahre lang versucht, die Gesellschaft hinter die Errungenschaften der Aufklärung zurückzuwerfen, indem sie ihren Lesern suggerierten, es dürfe nur noch innerhalb desjenigen Debattenraums selbständig gedacht werden, die sie ihren Lesern ließen. Deutlich kam dies im *Spiegel* vom 5. Januar 2022 zum Ausdruck, wo Sascha Lobo sich über den Ausbruch der »Denkpest« beklagte.

WO FINDEN WIR DIE IRRATIONALITÄT?

Wenn hier jemand gezielte Falschinformationen verbreitet hat, dann ist das der polit-mediale Komplex. Dass ein PCR-Test für sich genommen keine Infektion nachweist und die Inzidenzwerte, die zur Rechtfertigung der Drangsalierung der Bevölkerung herangezogen wurden, allesamt gelogen waren, kann jeder erkennen, der den Aufsatz von Wieler et al. im Epidemiologischen Bulletin des RKI Nummer 39 des Jahres 2020, Seiten 3 bis 11 liest. Dass der Fall der chinesischen Geschäftsfrau, die im Januar 2020 das Münchener Unternehmen Webasto besuchte, nicht zum Nachweis der These taugt, dass Sars-Cov-2 von Symptomlosen weitergegeben werden kann, ließ sich schon dem sogenannten Data Supplement zu jenem Brief an den Herausgeber des *New England Journal of Medicine* entnehmen, in dem Drosten et al. eben diese symptomlose Ansteckungsfähigkeit behaupteten und den Webasto-Fall als Beleg ins Feld führten: Jene Geschäftsfrau fühlte sich am Abend vor dem *Meeting* »ein bisschen warm« und nahm ein fiebersenkendes Mittel ein. Also von wegen symptomlos. Aufgabe kritischer Journalisten wäre es in dieser Situation gewesen, diese Aspekte aufzugreifen und die Pandemie-Erzählung in Frage zu stellen. In den Konzernmedien passierte leider das Gegenteil. Wissenschaftsfeindlich handelt nicht, wer – wie es die Akteure der Freiheitsbewegung und namentlich Sucharit Bhakdi beharrlich getan haben – kritische Fragen stellt. Wissenschaftsfeindlich handelt, wer sich einbildet, die Wahrheit für sich gepachtet zu haben, und aus dieser Einbildung heraus bestimmte Thesen als unumstößliche Dogmen reklamiert. Wissenschaftsfeindlich hat daher in Wirklichkeit der polit-mediale Komplex gehandelt. Gerade die Konzernmedien sind es, welche die Gesellschaft von den Fundamenten einer aufgeklärten Gesellschaft loszueisen trachten.

Bereits in der Einleitung zu seinem Text hatte Müller-Jung gemutmaßt, dass nach der »Pandemiepolitik« nun auch die »Klimapolitik« auf der »Abschussliste« stehe. Ohne jeden Beleg mutmaßt Müller-Jung nun einen kommerziellen Hintergrund: »Aus der Bewegung ist seit der Pandemie ein schäbiges Geschäftsmodell geworden, das in seiner ganzen irrationalen Selbstbezüglichkeit dennoch viele andere Bereiche infiltriert. *Fake News* auf allen Kanälen.«

Wer hier angeblich womit Geschäfte machen will, bliebt dunkel. Aber: Ist es wirklich irrational, wenn die Menschen die Sorge umtreibt, angesichts steigender Energiepreise die eigene Lebenshaltung nicht mehr finanzieren zu können? Wenn sie fürchten, dass sie durch oktroyierte teure Zwangssanierungen und Nutzungsverbote in die Obdachlosigkeit getrieben werden? Und ist es umgekehrt rational, wenn Deutschland seine Atomkraftwerke abschaltet und dann (teureren) Atomstrom aus dem Ausland bezieht? Oder wenn ein Öl-Embargo gegen Russland am Ende nur dazu führt, dass russisches Öl dann eben auf Umwegen und mit Aufpreisen seinen Weg nach Deutschland findet? Ist es wiederum irrational, wenn Menschen, die gemerkt haben, dass sie in Sachen Corona belogen wurden, jetzt auch an den Klima-Horrorszenarien zweifeln?

Müller-Jung scheint zu spüren, dass die Zahl der Zweifler stetig wächst: »Tatsächlich sind die Schwurbler seit der Pandemie geradezu rekrutierungswütig. Die Debatten um Klimaschutz und Energiezukunft werden in den sozialen Echokammern heute brutaler denn je mit Hass- und Lügenkampagnen aufgeladen, was nicht nur an die Verschwörungsorgien der Impfgegner erinnert, sondern oft auch dasselbe destruktive Personal beschäftigt.«

DIE GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

Die angeblichen Hass- und Lügenkampagnen werden abermals nicht belegt. Einen solchen Beleg hätte man aber erwarten dürfen, wenn behauptet wird, diese Kampagnen würden »brutaler denn je« geführt. Müller-Jung schließt mit den Zeilen: »Diese Leute kleben nicht, doch sie verspritzen Gift, das die Demokratie mehr fürchten muss.«

Wieder ein entlarvender Satz: Wer für seine Überzeugungen streitet und deutlich macht, dass diese Überzeugungen nicht jene des polit-medialen Komplexes sind, sondern sich außerhalb des von ihm zugelassenen Debattenraums bewegen, ist in dieser Logik eine »Gefahr für die Demokratie«. In Wirklichkeit ist die Gefahr für die Demokratie die Anmaßung der Konzernmedien, zu bestimmen, was gesagt werden darf und was nicht. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend. Das sind nicht meine Worte. Das sind die Worte des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG vom 15.1.1958 – 1 BvR 400/51, BVerfGE 7, 198 Rn. 31).

Der Artikel von Müller-Jung in der *FAZ* vom 25. Mai 2023 zeigt deutlich: Gerade der Umstand, dass die Zahl der Zweifler zunimmt, treibt den Journalisten der Konzernmedien den Angstschweiß auf die Stirn. Was ist, wenn sich die Erkenntnis, auf allen Politikfeldern systematisch hinters Licht geführt worden zu sein, in der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzt?

Wenn Diffamierung, *Framing,* Angst-, Hass- und Lügenpropaganda keinen fruchtbaren Nährboden mehr finden? Wenn die Zahl der kritischen Stimmen öffentlich wahrnehmbar steigt? Wenn es immer mehr Kritikern egal ist, ob sie dafür diffamiert werden? Dann bekommen Müller-Jung & Co die Quittung. Zunächst in Gestalt fallender Leserzahlen. Und dann womöglich eines Tages auch vor Gericht.

KONTO DICHT!

Sie haben es wieder getan! Die nächste Bank schloss im April dieser Zeitung das Konto, weil wir die Opposition der Gegenwart in dieser Zeitung zu Wort kommen lassen.

Mittlerweile ist es die zwölfte Bank, die im Verbund mit Geheimdiensten die demokratische Opposition bekämpft. Doch wir haben vorgesorgt. Diese Bankverbindung funktioniert:

Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus

IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



Ein Demokrat in Hannover am 13. Mai 2023. Foto: DW/Georgi Belickin

Was für ein Vergnügen: Eine WM ohne Nancy Faeser!

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, endlich mal wieder gute Nachrichten: In der vergangenen Woche habe ich mich als langjähriger Fan wahnsinnig über die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft gefreut. Sie gewann bei der Weltmeisterschaft in Tampere (Finnland) und Riga (Lettland) sensationell Silber und somit die erste WM-Medaille seit 70 Jahren.

Nach beeindruckenden Siegen gegen die Schweiz (Viertelfinale) und die USA (Halbfinale) musste sich das *Team* von *Coach* Harold Kreis, den ich vor vielen Jahren, damals noch als aktiver Spieler, mal interviewen durfte, erst im Finale mit 2:5 Rekordweltmeister Kanada nach aufopferungsvollem *Fight* und zweimaliger Führung geschlagen geben.

Was neben dem herausragenden sportlichen Ergebnis äußerst positiv war: Die deutschen Kufen-*Cracks*, mit großem Bundesadler und Nationalfarben auf ihren Trikots, konzentrierten sich einzig und allein auf den Sport und lieferten ab – mit ganz viel Leidenschaft und Herzblut! Dass dies in diesen Zeiten längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist, wissen wir spätestens seit dem blamablen Auftritt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM 2022 in Katar. Damals spielten sich Manuel Neuer & Co als Gutmenschen auf und machten sich mit ihrem Mund-zu-*Statement* vor den Augen der ganzen Welt lächerlich. Mannschaftlicher Zusammenhalt, unbändiger Einsatzwille, sportlicher Erfolg? Zweitrangig!

Und dieses Mal verirrte sich auf der Tribüne auch keine deutsche Innenministerin mit peinlicher *One-Love*-Armbinde. Aber warum eigentlich nicht? Frau Faeser, was war da los? Keine Zeit? Oder hatten Sie dieses Mal keine Chance, den Sport für Ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren und zu missbrauchen? Oder war ihnen das Rampenlicht einer Eishockey-WM nicht grell genug? Dabei hätten Sie doch in den zwei Gastgeberländern erneut einiges anprangern können: *Amnesty-International* warf Lettland erst 2022 die Verletzung von Menschenrechten vor. Und die bösen Finnen, diese Umweltsünder, nahmen jüngst das neue Super-AKW *Olkiluoto 3* in Betrieb (DW berichtete). Die WM 2027 findet übrigens in Deutschland statt. Nancy freut sich schon, wird dann als Innenministerin aber hoffentlich längst Geschichte sein.

Zur Inlandspolitik: SPD-Chef Lars Klingbeil erklärte, die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft werde es nicht zum Nulltarif geben und fordert Steuererhöhungen. Ich hoffe, diese werden kommen und richtig hoch ausfallen. Die FDP will derweil den Emissionshandel für Gebäude und Verkehr um zwei Jahre auf 2024 vorziehen, sodass die Preise für Brennstoffe, die CO2 freisetzen, früher steigen würden. Kann man so machen. Warum? Weil alles erst noch viel schlimmer werden muss, um dem wohlstandsverwahrlosten und obrigkeitshörigen Deutschen im wahrsten Sinne des Wortes auf die Sprünge zu helfen, sodass dieser endlich schnallt, was in diesem Land vor sich geht. Aber solange man sich einen schönen Urlaub leisten kann und abends *Netflix* läuft, ist (noch) alles *Roger*.

Die Wiedereinführung der Stasi – Märchenmann Habeck möchte künftig die totale Kontrolle über das Heizverhalten der Deutschen und uns bis ins kleinste Detail durchleuchten – scheint die meisten nicht zu jucken, wurde nun auch von der FDP (steht künftig hoffentlich für: Fast Drei Prozent) abgesegnet. Wer nach 2045 noch mit Öl oder Gas heize, dem drohe, so berichtet die *Bild*, gar eine Strafe von bis zu einer Million Euro. Mehr ist nicht drin? Lasst Euch mal nicht lumpen! Manch einer hat sich im vorauseilenden Gehorsam ja bereits eine Wärmepumpe einbauen lassen. Sehr brav, in naher Zukunft gibt es für ein derart vorbildliches Verhalten dann ein paar *Social-Credit*-Bonuspunkte.

Was muss nach Corona-Diktatur, Kriegstreiberei und Klima-Hysterie eigentlich noch passieren, bis die Menschen endlich aufwachen und ihre Komfortzone verlassen? 50 Prozent Inflation? Lastenausgleich? Dritter Weltkrieg? Vermutlich gibt es auch immer noch Leute, die den Umfragen des *ÖRR* Glauben schenken. Laut jüngstem *ZDF-Politbarometer* fänden es 56 Prozent der Deutschen gut, ab 2024 neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Komisch nur: Kurz zuvor gab es bei Umfragen von *Forsa* und *Allensbach* etwas andere Ergebnisse: Da waren 78 bzw. 80 Prozent der Deutschen gegen das Verbot von Öl- und Gasheizungen.

Wie kam da bloß dieses sensationelle Ergebnis beim *ZDF* zustande? Ich vermute ja, es wurden nur *ZDF*-Mitarbeiter befragt. Und damit dies nicht auffällt, hat man aus 100 Prozent eben bescheidende aber immer noch überzeugende 56 Prozent gemacht, sodass sich alle, die völlig anderer Meinung sind, schlecht fühlen. Stimmungsmache dieser Art hat bei den Spritzen ja auch schon gut funktioniert.

Eine von *RTL* und *n-tv* in Auftrag gegebene *Forsa*-Umfrage zur politischen Kompetenz spricht dagegen Bände: 57 Prozent aller Befragten trauen keiner Partei zu, mit den Problemen in Deutschland fertigzuwerden. Ich frage mich aber: Wo nehmen die restlichen 43 Prozent bloß ihren Optimismus her? Ich warte schon auf die Umfrage, wie viele Deutsche es gut fänden, 2030 nichts mehr zu besitzen, wie es die *WEF*-Agenda vorsieht. Da wir alle dann trotzdem unfassbar glücklich wären, ist doch alles in Butter.

MELDUNG

PRESSE IN DEUTSCHLAND

Berlin/DW. Wie der *Blog alexander-wallasch.de* berichtet, hat der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) offenbar Sorge, dass einige seiner Mitglieder zu sehr in strafbare Handlungen der *Letzten Generation* verstrickt sein könnten. So warnte der Verband: »Journalisten mit Kontakt zu der Organisation müssen auf der Hut sein.« Journalist Wallasch erinnert an Ulrike Meinhof (RAF): Auch sie »war eine viel gelesene, linke Journalistin, bevor sie als Terroristin in den Untergrund ging.« (kmü)

LAUTERBACH WARNT VOR KRANKENHAUSSTERBEN

Berlin/DW. Ohne die geplante Krankenhausreform stehen laut Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) 25 Prozent der Kliniken vor dem Aus. Im *Morgenmagazin* von *ARD* und *ZDF* erklärte er: »Wir werden Kliniken verlieren – aber ohne die Reform verlieren wir viel mehr und unsystematisch.« Am Donnerstagmittag (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) kam Lauterbach mit seinen Länderkollegen in Berlin für weitere Gespräche zusammen. (kmü)

ANTIFA-URTEIL

Dresden/DW. Die Sächsin Lina E. wurde am 31. Mai 2023 vom Oberlandesgericht Dresden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Bis das Urteil rechtskräftig ist, bleibt sie auf freien Fuß. Der Vereinigung waren vielfache Angriffe und körperliche Gewalt gegen vermeintliche Rechtsextreme vorgeworfen worden, die zu schweren Körperverletzungen geführt hatten. Neben Lina E. Waren drei Männer angeklagt, die laut Urteil nun Haftstrafen zwischen zwei Jahren sowie drei Jahren und drei Monaten verbüßen müssen. In Berlin, Hamburg, Leipzig und Dresden fand daraufhin Gegenprotest statt. (hes)

EU GEGEN BIERFLASCHEN

Brüssel/DW. Laut Plänen der EU-Kommission müssen Milliarden Mehrweg-Bierflaschen in Deutschland vernichtet werden. Grund dafür ist eine neue geplante Vorgabe im Verpackungsgesetz, demzufolge EU-weit Flaschen eine neue Prägung und Seriennummer besitzen müssen. Der Chef des Brauerbundes, Holger Eichler, sagte gegenüber der *Bild*-Zeitung: »Dieser Irrsinn muss verhindert werden.« Auch die hierzulande üblichen Bierkästen müssten aus dem Verkehr gezogen werden, da sie den neuen Vorgaben zufolge zuviel Luft beinhalten würden. Die Pläne müssen noch vom EU-Parlament abgesegnet werden. (hes)

BOMBEN IN DER HAUPTSTADT

Berlin/DW. Ukrainische Drohnenangriffe auf russische Mehrfamilienhäuser sind vom Völkerrecht gedeckt, so der deutsche Regierungssprecher Steffen Hebestreit gegenüber der *Deutschen Welle*. Am 30. Mai 2023 hatten Drohnen Moskauer Wohnhäuser beschossen, wobei laut russischen Angaben zwei Menschen leicht verletzt wurden. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN: (A) Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERDING: Samstag 10.00 • Erdinger Anzeiger • Volksfestplatz
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen-Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert Str.-46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LINDAU: Freitag 16.00 • Lindauer Zeitung • Inselgraben 2
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
OPPENHEIM : Montag 18.00 • SWR Regional • Katharinenkirche
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St. Johanner-Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
WAREN-MÜRITZ: Montag 18.30 • Nordkurier • Marktplatz
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt
ZUFFENHAUSEN: Montag 18.00 • Stuttg. Zeitung • Brunnen vor Rathaus

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.
WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 3.6.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.6.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 3.6.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 3.6.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 3.6.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.6.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 3.6.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 3.6.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 3.6.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 3.6.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.6.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 4.6.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 5.6.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 5.6.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 5.6.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 5.6.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 5.6.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 5.6.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 5.6.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 5.6.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 5.6.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 5.6.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 5.6.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 6.6.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.6.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 6.6.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.6.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 6.6.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 7.6.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 7.6.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 7.6.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 7.6.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 7.6.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 7.6.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 7.6.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 7.6.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 7.6.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 8.6..2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 8.6.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 8.6.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 8.6..2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 8.6.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 8.6.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 8.6.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 8.6.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 8.6.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 9.6.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 10.6.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.6.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 10.6.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.6.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 10.6.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 10.6.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.6.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 10.6.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.6.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo
Sa, 24.6.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 1.7.2023 14-17 Uhr	Freiburg am Breisgau, Platz der alten Synagoge	Schweigemarsch
Mi, 7.7.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



DER PROCESS

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Björn Lars Oberndorf

Seit Januar 2023 begleitet der Polizisten für Aufklärung e.V. ein Hauptverfahren vor dem Landgericht Bochum. Angeklagte sind Herr Dr. Habig und seine Frau Fatima. Herrn Dr. Habig wird vorgeworfen nach dem neuen Paragraphen 278 des Strafgesetzbuches unrichtige Gesundheitszeugnisse ausgestellt zu haben. Seine Frau Fatima soll Beihilfe geleistet haben.

Dr. Habig befindet sich seit einem Jahr in Untersuchungshaft. Als Haftgrund wird Fluchtgefahr angegeben. Der grundsätzliche Sachverhalt wird den meisten Lesern bereits bekannt sein.

Das Hauptverfahren hat für Prozessbeobachter bisher bereits viele rechtliche, medizinische, ethische, moralische und gesellschaftspolitische Fragen aufgeworfen, an deren Beantwortung die Kammer leider nicht interessiert zu sein scheint. Rechte der Strafverteidiger werden in unzulässiger Weise beschnitten. Beispielweise werden Gutachter beziehungsweise sachverständige Zeugen nicht zugelassen und somit nicht gehört, Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote anscheinend nicht geprüft. Die grundsätzliche Fragen wie, ob Herr Dr. Habig gegebenenfalls. Nothilfe geleistet hat, wird nicht diskutiert.

DIE VERGEUDUNG VON LEBENSZEIT

Am 30. Mai 2023 fand ein weiterer Verhandlungstag statt und selbst wir wurden dort noch überrascht. Die Vorsitzende Richterin verlas einen Kammerbeschluss, welcher wiederum weitere rechtliche Fragen aufwarf. Nun sollen dutzende vermeintliche Einzeltaten beziehungsweise Fälle bezüglich des Paragraphen 278 des Strafgesetzbuches von diesem Hauptverfahren abgetrennt und separat verhandelt werden.

Später soll dann, je nach Ausgang der Verfahren, womöglich eine Gesamtstrafe gebildet werden. Die Staatsanwältin und die Strafverteidiger sollen sich des Weiteren auf ihre Plädoyers vorbereiten. Alle Strafverteidiger haben Widerspruch eingelegt. Die Hauptverhandlung wurde bis zum 16. Juni 2023 unterbrochen.

Unserem Prozessbeobachter fiel am 30. Mai noch etwas auf. Im Justizzentrum Bochum wurden Reclam-Bücher vor den Gerichtssälen ausgelegt. Diese sollen die Wartezeit angenehmer gestalten. Direkt vor dem Gerichtssaals lag das Buch »Der Process« von Franz Kafka.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

ES REICHT!

INTERVIEW ***mit Hagen von der Initiative »Es Reicht - Sachsen« zur kommenden Großdemo in Dresden***

DW: Am 17. Juni wird in Dresden eine große Versammlung stattfinden. Worum wird es gehen?
Hagen: Das Motto der Demo ist: Es reicht. Ich denke das reicht auch zur Begründung. Wir wurden dermaßen belogen, mit den Corona-Maßnahmen drangsaliert, in den Krieg getrieben und dabei noch abgewirtschaftet. Wir haben für diese Versammlung extra den Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR gewählt, der auch jahrelang Nationalfeiertag in der Bundesrepublik war.

DW: Der Protest entzündete sich damals an den erhöhten Arbeitsnormen. Aus einem Spaziergang wurde ein Aufstand.
H.: Unsere Lebensbedingungen heute werden auch Tag für Tag schlechter.

DW: Den Protesten damals wurde vorgeworfen, aus dem Ausland gesteuert worden zu sein. Jetzt soll der böse Russe hinter dem hiesigen Protest stecken ...
H.: Bei unserer Versammlung kommen sehr unterschiedliche Menschen aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen zusammen. Eltern, die unter den Corona-Maßnahmen leiden mussten, Unternehmer, die jetzt die Deindustrialisierung nicht mitmachen wollen, Krankenpfleger, Polizisten, Rettungssanitäter, Soldaten und Ärzte. So eine Menge an unterschiedlichen Menschen kann man nicht aus dem Ausland steuern. Nein, es ist das Volk, das hier auf die Straße geht.

DW: Was haben Sie geplant?
H.: Um 16 Uhr treffen wir uns für eine kurze Auftaktkundgebung auf dem Dresdener Theaterplatz. Danach geht ein langer Umzug durch die Stadt. Die Reden, unter anderem vom Arzt Walter Weber, Sabrina Kollmorgen und vielleicht Ralf Ludwig und Michael Ballweg finden dort statt.

DW: Mein Kollege Anselm Lenz und ich werden ebenfalls kommen.
H.: Sehr gut. Uns ist wichtig, dass möglichst viele Menschen in der Stadt den Aufzug mitbekommen und sich anschließen.




Am 28. Mai 2023 zogen erneut tausende Demokraten Fest hinauf zum Hambacher Schloss. Der Stuttgarter Querdenker Michael Ballweg wurde dort mit einem Preis geehrt. Die Versammelten forderten eine Absetzung der Tyrannen und eine Demokratisierung Deutschlands. Fotos: Georgi Belickin



Am 17. Juni des vergangenen Jahres versammelten sich in Dresden vor der Semperoper 17.000 Demokraten. Foto: DW/Georgi Belickin

Die Mitarbeiter aus den sogenannten Blaulichtberufen werden ihr Manifest vorstellen. Das ist wichtig.

DW: Was ist sonst noch geplant?
H.: Der Aufzug wird angeführt werden von einem großen Flaggenmeer aller Nationalitäten, danach unsere großen F-R-E-I-H-E-I-T-Lettern und die Schweizer Freiheitstrychler mit ihren Glocken. Den Abschluss macht Captain Future mit einem Wagen. Man kann also tanzen.

DW: Klingt groß.
H.: Letzte Jahr haben wir die legendären 17.000 Teilnehmer geschafft. Bei uns haben sich bereits Busse aus Baden, NRW und Ostholstein angekündigt. Wir werden sehen wie groß es dieses Jahr wird. Ich bin zuversichtlich

DW: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



WENN DIR NACH AUSWANDERN ZUMUTE IST

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Klaus Ebbert

Solaranlage zum Windkraftrad: »Wie weht's denn heute?« Antwort: »So lala, mal weht's, mal nicht.« Die Wärmepumpe jammert: »Wo krieg ich bloß den Strom her?« – Grüne Energie geistert durchs Land, fährt uns grün(d)lich vor die Wand. (G) raichlich wird der Schaden sein, Vetternwirtschaft obendrein.

Genug der Lyrik. Je weiter sich Gesellschaft und Politik von Gott entfernen, umso mehr lässt dieser sie in all ihre verrückt-verderbten und widersinnigen Vorhaben laufen. Aktuell erleben wir dieses Negieren der universellen Gesetze zum x-ten Mal in der menschlichen Geschichte. Da, wo der Mensch sich von seinem Schöpfer entfernt, wird es un-menschlich.

Sprachlos steht man vor der Kälte und Machtarroganz der politischen Cliquen, aber auch vor der Teilnahmslosigkeit der breiten Masse. Wütend vor der Verdummung und Verführung durch die Massenmedien. Angewidert vor der Geldgier der Pharmakonzerne und eines Großteils der Ärzteschaft. Man könnte weinen – über die Großen und Kleinen, die den Schaden davon haben – mit ganz vielen bitteren Narben.

Die grünen gott-losen Klimagötter von heute – mutiert auch noch zu Kriegsgötzen – wollen sich an Gottes Stelle setzen. Solche Versuche finden wir auch in der Bibel, diesem grundehrlichen Buch, was menschliche Untiefen betrifft:

Ob die Menschen vor der Sintflut, die Erbauer des Turms von Babel, viele Könige im alten Israel oder auch König Herodes im Neuen Testament und die römischen Kaiser – sie alle sind kläglich daran gescheitert. Der Schöpfer lässt sich nun mal nicht spotten.

Schon im zweiten Psalm heißt es, dass die Könige und Herrscher gegen Gott aufbegehren, dieser aber nur über sie lacht. Deshalb – bei allem berechtigten Widerstand, den auch Christen leisten sollten in diesem Absurdistan der Lügen und Machtversessenheiten, der Dummheit und Arglisten – ist es dennoch angesagt, dem Schöpfer den eigentlichen Widerstand zu überlassen. Denn das kann er viel besser als wir.

Die Nachfolger Jesu rufen in diesen verrückten Zeiten um so dringlicher: »Lasst euch versöhnen mit Gott. Auch wenn euch oft nach Auswandern zumute ist, wohin wollt ihr denn gehen?«

Und doch gibt es ein Land, in das es sich auszuwandern lohnt – das Reich Gottes. Wir sind Botschafter aus diesem Land mit der besten Botschaft dieses Universums. Die hat einen Namen: Jesus Christus. Wer zu ihm kommt, wird Bürger dieses Landes. Sein Eintrittsgeschenk: Ein völlig neues Leben.

Klaus Ebbert war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS=AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #14.

• Warum so negativ? Heute mal »grün«!
• Verkehrswende total: Endsieg in der Ukraine?
• Schwarz. Rot. Gold.

A.L.: Jeder Mensch, der nicht geboren wird, spart doch enorm ein!

K.S.S.: Jede Zelle, die im Kopf nicht existiert, spart ein!

A.L.: Ja, da kommen wir im demographischen MIttel der ganzen Sache doch schon näher! »Good night and good luck«, und was solls denn auch? Dann fangen wir doch einfach mit den Deutschan an!

K.S.S.: Wenn Du sagst, »Good night and good luck«, der Lack ist natürlich auf Wasserbasis. Nun einfach mal zu zwei Personen, die uns inspiriert haben, in diese Richtung zu gehen, diesen neuen Führer*innen zu folgen. Für mich ist einer der sexiesten Menschen, auch vom Händedruck her, der Herr Habeck. Ich finde ihn toll, er ist einfach sexy. Ich würde sagen, dass wir ihn jetzt schon zum Mann des Jahrzehnts machen – für das, was er leistet. Zum Beispiel für die Verbindung zu Verwandten, die er dann auch versucht, in Machtpositionen zu bringen. Wenn ich Habeck sehe, denke ich, dem steht ja die Intelligenz ins Gesicht geschrieben! Für mich ist er ein Sexsymbol. Ich habe bei mir jetzt zum Beispiel Claudia Schiffer abgehängt, auf den Plakaten an den Wänden hängt jetzt nur noch der Habeck.

A.L.: Cool!

K.S.S.: Und ebenfalls ganz vorne, ich kanns an dieser Stelle ja sagen, ist natürlich Frau Bärbock. Wir sollten es hier einfach zugeben: Wir haben uns oft an ihr abgearbeitet – aus Neid, dass wir sie nie werden haben können! Für mich ist sie Miss World! Sie könnte sich einem der Magazine anbieten, für die man sich normalerweise auszieht, um Transparenz zu schaffen. Ich weiß nur nicht, wie sich dieses Magazin nennen soll, denn Playboy, das geht ja nicht mehr.

A.L.: Vielleicht Play*Star mit dem Sternchen? Sie müsste zuvor aber geschlechtsneutralisiert werden. Aber das wird ja gerade erledigt, das mit den Frauen und den Männern kann ja weg. Und die zwei haben sie wirklich ernstgenommen, all die Satiremagazinchen, in denen man sich zum Beispiel über deutsche Industrielle lustig machte oder über das Bildungsbürgertum, das in den Neunzigern und Nullerjahren noch in seiner typischen Schwerfälligkeit vor sich hin lamentierte, Reden schwang und die eigene Bildungsdusseligkeit abfeierte.

Leute wie Habeck und Bärbock setzen das jetzt um, die waren damals schon degeneriert genug – man könnte auch sagen: genial genug, um es zu schlucken. Frei nach Frank-Walter Steinmeier (SPD), einem der größten Dichter und Machthaber der deutschen Geschichte, denn er ist seit 1998 fast ununterbrochen auf den Posten: »Das beste Deutschland, das es jemals gab, ist das, das es nicht mehr gibt.«

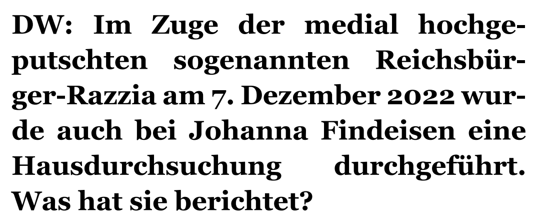
Mehr Bestandsaufnahme via Apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub

Meine Freundin, die Putschistin?

INTERVIEW ***mit Marco Ligon zur Verhaftung von Johanna Findeisen*** | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Ligon, bitte stellen Sie sich kurz vor!
Marco Ligon: Ich wohne in Ravensburg und berichte über die Spaziergänge, Demonstrationen und Mahnwachen hier in der Gegend. Gelernt habe ich einst den Beruf des Ingenieurs, dann für Daimler oder Jaguar robotergesteuerte Fertigungsstraßen geplant. Die Einführung von 3G am Arbeitsplatz und die daraus resultierende Impfnötigung führten zu einem Auflösungsvertrag. Seitdem bin ich in diesem Bereich arbeitssuchend und journalistisch tätig.

DW: Woher kennen Sie Johanna Findeisen?
M.L.: Wir haben uns 2022 bei der Demo zum Jahrestag des Nürnberger Kodex kennen und schätzen gelernt. Seither habe ich immer wieder für sie Artikel und Reden geschrieben und Videos gemacht. Ich würde Johanna als Herz-Mensch beschreiben. Sie ist ausgebildete Cellistin, hat sich wegen der Auftrittsverbote unter Corona in der Integrationsarbeit eingebracht, Flüchtlingen bei der Suche nach Wohnungen und Arbeit unterstützt und Kindern, die misshandelt wurden, als *Coach* geholfen. Seit Oktober habe ich sie bei den Recherchen zu einem Vergewaltigungsfall in der Schweiz begleitet. So kam eine engere Zusammenarbeit zustande.



DW: Im Zuge der medial hochgeputschten sogenannten Reichsbürger-Razzia am 7. Dezember 2022 wurde auch bei Johanna Findeisen eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Was hat sie berichtet?
M.L.: Ich habe sie kurz danach besucht und sah das Chaos in ihrer Wohnung. Sie sagte mir, dass morgens kurz nach 6 Uhr Beamte in Kampfmontur die Tür mit einem Rammbock aufgestoßen hatten. Während ihre Wohnung durchsucht wurde, musste sie – bekleidet nur mit einem durchsichtigen Nachthemd – stundenlang gefesselt auf ihrer Couch verharren. Ihr Partner, der aus Afrika kommt und eine schwarze Hautfarbe hat, war die ganze Zeit bei ihr.

DW: Der klassische schwäbische Nazi-Haushalt also …
M.L.: Die Polizei, die wohl dachte, hier das Haus einer Rechtsradikalen zu durchsuchen, muss sich wie im falschen Film vorgekommen sein. Bei der Durchsuchung



Laut Generalbundesanwalt soll dies das Gesicht einer staatgefährdenden Terroristin sein: Johanna Findeisen mit ihrem Kampfhund im Schafspelz. Foto: Privat/Stef Manzini

wurden Dokumente unserer Recherche mitgenommen. Außerdem fanden die Polizisten einen Sportbogen mit alten und krummen Pfeilen, den sie nicht weiter beachteten. Später aber wurde in den Medien berichtet, es seien Waffen gefunden worden. Der *Südkurier* war zu dieser Hausdurchsuchung von staatlicher Seite aus eingeladen worden. An diesem Tag wurde zudem das Zuhause ihrer Eltern durchsucht, die schon über 80 Jahre alt sind. Von dort stammt das Foto von den Rollatoren und der Begriff Rollator-Putsch.

DW: Am 22. Mai 2023 wurde Johanna Findeisen gefangen genommen. Wie kam es dazu?
M.L.: Das ist die brennende Frage, auch für mich. Dem *Spiegel* durfte ich entnehmen, sie sei verhaftet worden, weil sie Kontakt zur Russischen Föderation gehabt hätte.

DW: Sie soll also eine Nazi-Braut, Anhängerin eines preußischen Kaiserreichs und russische Geheimagentin sein?
M.L.: Ihr wird vorgeworfen, dass sie Waffen für den sogenannten Putsch besorgen wollte. Aber das ist bösartiger Unsinn. Fakt ist, dass es bei ihrem Kontakt zum Russischen Konsulat nicht um Waffen ging – ganz im Gegenteil.

DW: Nämlich?
M.L.: Am 1. Juli 2002 sind über dem Bodensee zwei Flugzeuge kollidiert. Eines davon war eine russische Tupolew-Maschine, in der unter anderen rund 50 russische Kinder saßen, die für ihre guten schulischen Leistungen mit einer Reise belohnt werden sollten. Niemand überlebte. Zur 20-jährigen Gedenkveranstaltung im Juli 2022 in Überlingen wurden Vertreter Russlands vom Bürgermeister ausdrücklich ausgeladen. Johanna als Mitglied des Landesvorstandes der Partei *Die Basis* lud die russischen Vertreter als Zeichen der Völkerverständigung und für das gemeinsame Gedenken wieder ein, was auch gelang.

DW: Was macht Sie so sicher, dass Johanna an keinem Putsch teilnehmen wollte?
M.L.: Erstens, weil sie ein friedliebender Mensch ist. Zweitens, weil sie mich darüber informiert hätte. Wir haben sehr eng zusammengearbeitet. Und drittens, weil das nicht der richtige Weg ist. Diese Regierung delegitimiert sich zunehmend mit jedem Tag selbst. Sie schafft sich selbst ab, dafür braucht man keinen Putsch. Johanna sah das auch so. Überall und immer sprach sie sich für einen friedlichen Widerstand aus.

DW: Herr Ligon, vielen Dank für das Gespräch.



Marco Ligon lässt beim Segeln auf dem Bodensee die Sorgen um seine Kollegin verfliegen. Foto: Privat

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

DIE AFD IST DIE EINZIGE OPPOSITIONSPARTEI

Ich habe den DW für ein Jahr abonniert. Aber ich vermisse etwas Grundsätzliches: Warum berichtet Ihr nicht von den Sitzungen im Deutschen Bundestag? Hier geht es um Anträge zu Gesetzen und Beschlüssen. Ihr müsst die Menschen darüber aufklären, was für Halunken im Bundestag sitzen. Es gibt dort fantastische Reden – vor allem von AfD-Politikern wie Alice Weidel oder Tino Chrupralla.

Die AfD ist ohnehin die einzige Oppositionspartei. Ich vermisse es, dass von Euch nicht herausgestellt wird, welche Partei welche Anträge stellt, wer diese befürwortet oder ablehnt. Es gab zum Beispiel Anträge der AfD, keine Waffen in die Ukraine zu liefern sowie für die Bildung eines Corona-Untersuchungsausschusses. Alle anderen Parteien lehnten ab. Eine journalistische Berichterstattung darüber fände ich sehr wünschenswert.

Es ist überall dasselbe Muster: Angeblich will man die Demokratie retten, verweigert sich aber – wie die politischen Gegner – einer offenen Diskussion. Ich gehe jeden Montag zur Demo in Potsdam. Es ist frustrierend, wie wenig Leute derzeit kommen. So können wir keine Wende erreichen.

Wir alle sollten die AfD unterstützen. Einen Finger kann man brechen, eine Faust nicht. Alle, die die AfD nicht akzeptieren, helfen den Altparteien dabei, an der Macht zu bleiben. Diese tun alles, um die Opposition auf allen Ebenen zu diffamieren. Und die ehemals vierte Gewalt haben sie ausgeschaltet. Ihr müsst sie klug und neutral ersetzen.

– Bernd U., Potsdam

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

»Es braut sich eine explosive Mischung zusammen!«

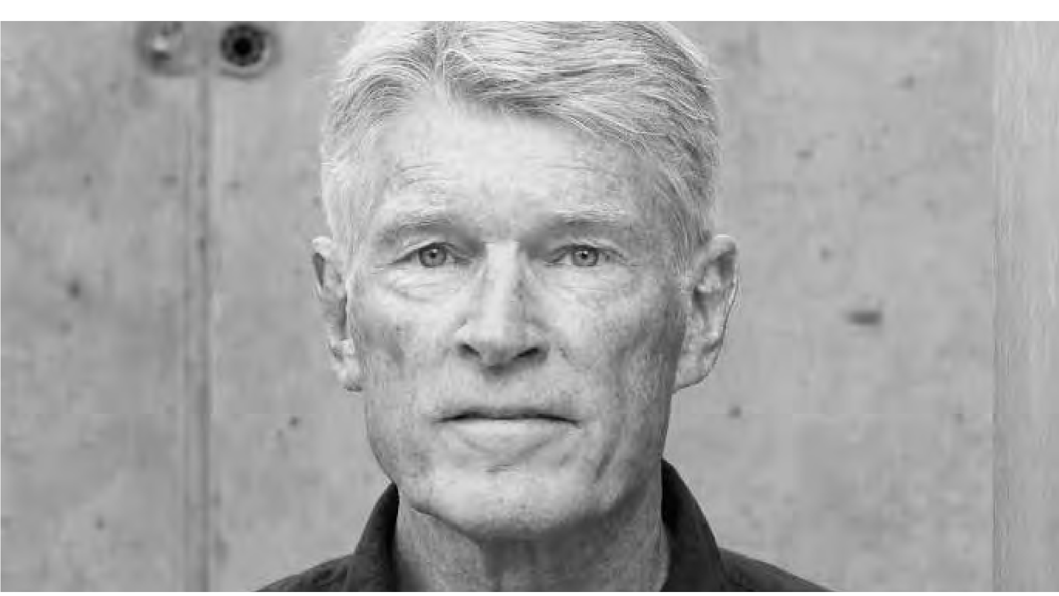
INTERVIEW ***mit Wirtschaftsexperte Ernst Wolff*** | Von Klaus Müller

DW: Herr Wolff, die *Credit Suisse* war seit 2007/2008 eine von 30 Banken, die als *too big to fail* galt. Werden nun weitere Banken kollabieren?
Ernst Wolff: Was wir zurzeit sehen, gleicht dem Prozess, den die Welt nach dem vorsätzlich herbeigeführten Börsencrash von 1929 erlebt hat. Damals hat die US-Zentralbank *Federal Reserve* den Leitzins nach einer jahrelangen Kreditschwemme kräftig erhöht und mit dem Zusammenbruch von circa 10.000 kleineren Banken die bis dahin größte Konzentration im Bankengewerbe herbeigeführt. Heute gibt es zwar wesentlich weniger Banken, aber das Prinzip ist dasselbe: Die Zinserhöhungen werden zahllose kleinere Banken zur Beute der größeren machen. Was die Übernahme der *Credit Suisse* durch die *UBS* angeht: Hier haben offensichtlich auch politische Motive mitgespielt, schließlich wurde ein Rettungsangebot der saudischen Nationalbank, dem Hauptaktionär der *Credit Suisse*, von den Verantwortlichen eiskalt übergangen.

DW: Sie sprechen in Ihren Vorträgen davon, dass der Umbruch, den wir derzeit erleben, der tiefste der jüngeren Geschichte und die aktuelle Krise heftiger sei als die von 2008. Zum Glück, denken sich viele Bürger, gibt es die Einlagensicherung. Zurecht?
E.W.: Ganz sicher nicht. Die Einlagensicherung – sie umfasst bei uns bis zu 100.000 Euro, in den USA bis zu 250.000 Dollar – deckt nur einen geringen Prozentsatz aller Einlagen ab, bedeutet also keineswegs vollständige Sicherheit. Interessant ist, dass die Einleger bei den vier Bankenzusammenbrüchen, wie wir in den USA erlebt haben, entgegen den geltenden Regelungen in voller Höhe entschädigt wurden. Für mich ist das ein Zeichen dafür, dass man die Bevölkerung in Sicherheit wiegen und einen *Run* auf die Banken – zumindest vorerst - vermeiden wollte.

DW: Sie sagen, das derzeitige Finanzsystem sei nicht mehr zu retten, weshalb ein neues vorbereitet wird. Wann rechnen Sie mit dem digitalen Zentralbankgeld (CBDC)?
E.W.: Zeitliche Voraussagen sind in diesem Zusammenhang unseriös. Für mich hängt der Termin, zu dem CBDCs eingeführt werden, von zwei Faktoren ab: Zum einen davon, wie lange sich das bestehende System noch zugunsten der Profiteure plündern lässt und zum anderen von dem Zeitpunkt, zu dem CBDCs vollständig einsatzbereit und alle Detailfragen in Zusammenhang mit ihrer Anwendung geklärt sind. Das kann in einigen Monaten der Fall sein, möglicherweise aber auch noch Jahre dauern.

DW: Sie empfehlen den Menschen, dass man jetzt raus müsse aus dem jetzigen System, weil man diesem – also der Politik und den Banken – nicht mehr trauen könne. Wie könnte dieser Ausstieg aussehen? In Sachwerte investieren, also in Gold und Silber? Wie sieht es aus mit Immobilien?
E.W.: Es ist angesichts der globalen Geldentwertung und der zu erwartenden Turbulenzen im Bankensektor auf jeden Fall empfehlenswert, sein Vermögen zu sichern. Das bedeutet zum einen, keine größeren


Ernst Wolff befürchtet, dass es in naher Zukunft harte soziale Auseinandersetzungen geben könnte. Im DW-Interview gibt er konkrete Handlungsempfehlungen für ein autarkes Leben. Foto: privat.

Beträge bei ein und derselben Bank zu halten. Für den Fall eines *Bank Holidays* – also einer vorübergehenden Schließung der Banken – ist es sicher sinnvoll, Bargeld für circa drei bis sechs Monate vorzuhalten. Gold und Silber haben die Jahrtausende als Vermögensschutz überdauert und werden das in Zukunft höchstwahrscheinlich auch tun. Immobilien zum Zweck der Vermietung zu kaufen, ist in meinen Augen wenig ratsam, da die Mieteinnahmen sehr wahrscheinlich nicht mit der Inflation mithalten werden. Eine ländliche Immobilie zum Zweck der Selbstnutzung scheint mir nicht die schlechteste Idee. Die vor uns liegende Zeit wird für die Menschen, die in Großstädten leben, recht ungemütlich werden.

DW: Gold bietet in Umbruch- und Krisenzeiten eine gewisse Sicherheit. Allerdings – darauf verweisen Sie auch immer wieder – sei ein Goldverbot eine reale Gefahr und künftig keineswegs auszuschließen. Ist Silber also der sicherere Zufluchtshafen?
E.W.: Silber hat gegenüber dem Gold den Vorteil, dass es wegen seiner schieren Menge und seiner ständigen Anwendung in der industriellen Produktion nicht verboten werden kann. Außerdem ist es im Verhältnis zum Gold zurzeit unterbewertet, wird also im Krisenfall mit großer Sicherheit schneller zulegen als Gold.

DW: Sowohl für Gold als auch Silber gilt: Sie können nur bis zu einem Wert von 1.999,99 Euro anonym gekauft werden. Sollte man Edelmetalle in der Bank lagern oder besser irgendwo sicher verstecken?
E.W.: Die amtliche Registrierung aller Edelmetallkäufe ab 2.000,00 Euro zeigt, dass man die Flucht in diese Sachwerte von Seiten des Staates verhindern oder zumindest einschränken will. Edelmetalle bei einer Bank zu lagern, ist in meinen Augen keine gute Idee. Beim Goldverbot in den USA in den 1930er-Jahren wurden sämtliche Banktresore versiegelt, die Inhaber mussten sie vor den Augen der Bankangestellten öffnen und ihr Gold zu einem staatlich festgelegten – natürlich niedrigen – Preis abgeben. Diese historischen Erfahrungen sollte man bei der Wahl eines Lagerungsortes berücksichtigen.

DW: Von Kryptowährungen halten Sie nicht viel. Warum nicht?
E.W.: Kryptowährungen sind in meinen Augen ein trojanisches Pferd, mit dem man die Zurückdrängung des Bargeldes beschleunigen wollte. Der rasante Preisanstieg von *Bitcoin* und einigen anderen Kryptowährungen hat dazu – vor allem bei jungen Menschen – große Illusionen in diese Art von Geld geschürt. An ein staatlich geduldetes und nicht *hack*bares anonymes dezentrales Geldsystem zu glauben, ist in meinen Augen – insbesondere angesichts der Einführung von Quantencomputern – ein gewaltiger Irrtum. Kryptos sind in ihrer gegenwärtigen Form ein integraler Bestandteil des Systems und dienen nicht dessen Überwindung.

»ICH HALTE NICHTS MEHR FÜR AUSGESCHLOSSEN«

DW: Um nochmals auf die Immobilien zurückzukommen: Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass es zu einem Lastenausgleich kommen wird?
E.W.: Angesichts dessen, was wir in den vergangenen drei Jahren erlebt haben, halte ich gar nichts mehr für ausgeschlossen. Ich bin mir sicher, dass die Verantwortlichen solche drastischen Regelungen ernsthaft in Erwägung ziehen und zurzeit nur noch überlegen, wie sie die Maßnahmen zum Beispiel mit dem Schutz vorm Klimawandel oder dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung begründen können.

DW: Glauben Sie nicht, dass sich allerspätestens dann in der Bevölkerung massiver Widerstand regen dürfte?
E.W.: Damit ist zu rechnen. Zusammen mit der Inflation und der bevorstehenden Welle an Arbeitsplatzverlusten auf Grund der rasanten Entwicklung der Künstlichen Intelligenz braut sich hier eine explosive Mischung zusammen, die auf harte soziale Auseinandersetzungen hindeutet.

DW: Schulden bleiben bei einer Währungsreform bestehen, verlieren aber an realem Wert. Ist es ratsam, jetzt Schulden zu machen, um in Sachwerte zu investieren? Und sollten Menschen, die ihr Haus oder ihre Eigentumswohnung abbezahlen – sofern es ihr Darlehensvertrag zulässt – nun möglichst schnell möglichst viel ihres Kredites abbezahlen oder eher das Gegenteil machen?
E.W.: Wer sich aktuell verschuldet, um von der Inflation zu profitieren, der sollte bedenken, dass diese Schulden bedient werden müssen – und das in einer Zeit, in der das Einkommen mit Sicherheit nicht mit dem Preisanstieg mithalten wird. Die zweite Frage lässt sich nicht generell beantworten, sondern hängt von vielen Faktoren ab, die im Einzelfall zu berücksichtigen sind.

DW: Was ist mit Lebensversicherungen? Wäre es sinnvoll, sich diese vorzeitig auszahlen zu lassen, weil sonst die Gefahr besteht, dass sie bei Fälligkeit nahezu wertlos sind?
E.W.: Auch hier muss man individuell entscheiden, vor allem auf Grund der Restlaufzeit. Grundsätzlich aber sollte sich jeder darauf einstellen, dass die Kaufkraft des Geldes, das er bei Auslaufen des Vertrages erhält, erheblich unter der bei Abschluss des Vertrages liegt.

»AUTARKIE WIRD DAS ZAUBERWORT DER ZUKUNFT SEIN«

DW: Viele Menschen zahlen bewusst weiterhin mit Bargeld. Lässt sich die Einführung des digitalen Zentralbankgeldes dennoch nicht mehr verhindern? Und Sie sagen, ein Geldsystem, wie es sich die globale Finanzelite künftig vorstellt, wird niemals funktionieren. Warum nicht?
E.W.: Auf Bargeldzahlung zu bestehen, ist keine schlechte Idee, wird seine Abschaffung aber nur hinauszögern und nicht verhindern. Ich rechne damit, dass die Einführung von CBDCs nicht mehr abzuwenden ist. Ich vermute, dass man sie den Menschen über das universelle Grundeinkommen und möglicherweise über einen vorsätzlich herbeigeführten Banken*crash* aufzwingen wird. Da zur Aufrechterhaltung des neuen Systems jedoch Unmengen an neuem Geld geschaffen werden müssen, wird es sehr schnell zu einer galoppierenden Inflation kommen, auf die man aller Wahrscheinlichkeit nach mit Preiskontrollen reagieren wird. Die aber führen zu einem Produktionsrückgang und damit zu weiterer Inflation. Es wird ein Teufelskreis entstehen, aus dem es kein Entrinnen gibt.

DW: Sie sprechen in Ihren Vorträgen oft davon, dass es eine Übergangszeit mit Parallelgesellschaften geben werde. Was würden Sie den Menschen raten, um künftig autark leben zu können? Ist es beispielsweise sinnvoll, Obst und Gemüse anzubauen oder sich Hühner zu halten?
E.W.: Autarkie wird das Zauberwort der Zukunft sein. Je unabhängiger sich der Einzelne von einer krisengeschüttelten Gesellschaft macht, umso selbstbestimmter kann er leben. Selbstversorger brauchen sich nicht um explodierende Nahrungsmittelpreise zu scheren, daher sind Obst- und Gemüseanbau sowie Hühnerhaltung sicherlich keine schlechte Idee. Genauso wichtig dürften handwerkliche Fähigkeiten und technische Kenntnisse sein. Vor allem aber ist die Vernetzung mit Gleichgesinnten wichtig, denn die Zeiten, auf die wir zusteuern, werden uns allen auch psychisch und emotional sehr viel abverlangen.

DW: Herr Wolff, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

GRÖSSTE CHANCE ALLER ZEITEN

Der grüne Wind dreht sich so langsam, zwar sehr langsam, aber er dreht sich. Er wird jenen ins Gesicht wehen, die vorsätzlich und bewusst dieses wunderbare Land vollends an die Wand fahren wollen. Sie wurden ausgebildet und trainiert, um genau jenes Ziel zu erreichen. Das *WEF* und seine geldgebenden US-Kumpane im Hintergrund lassen grüßen. Das lässt sich belegen und beweisen und zwar nicht erst seit heute. Es war schon immer so: Wer lesen kann, ist im Vorteil.

In den Medien steht, die Nachfrage nach Arbeit ginge seit einem Jahr zurück. Aha, die Deutschen zu faul zum Arbeiten oder klappt es mit der Integration etwa nicht so ganz? Wie wäre es damit: Die deutschen Arbeitsplätze werden durch unsere links-grüne Politik bewusst und vorsätzlich konsequent vernichtet! Das wäre zumindest ein Teil der Wahrheit, auch wenn es viele nicht wahrhaben wollen.

Die Arbeitslosenquote – aktuell bei 5,5 Prozent – und die Inflation – leicht gesunken auf offiziell 6,1 Prozent – können darüber nicht hinwegtäuschen, dienen wie immer nur dem Ziel, das Volk, den Mittelstand, die 99 Prozent, ruhig zu stellen und am Ende wieder einmal für dumm zu verkaufen. Denn die wahren volkswirtschaftlichen Schäden aus all den irren Plänen wie Pandemie, Krieg, Klima & Co rollen ja gerade erst an – auch wenn, ich wiederhole mich, dies im Moment noch keiner wahrhaben will. Wann haben die deutschsprachigen Völker schon hingehört, wenn es darum ging, Katastrophen größeren Ausmaßes gekonnt und intelligent zu verhindern? Anscheinend lieben sie die absoluten Tiefpunkte und arbeiten regelrecht darauf hin. Der nächste ist bereits sehr nahe.

Was ist das Gute an der Lage? Es ist die größte Chance, die wir gemeinsam haben und jemals hatten, um zu beenden, was beendet werden muss. Es wird höchste Zeit, dass sich die 99 Prozent darüber bewusst werden, was für eine Macht sie haben könnten. Sie müssen diese nur ausüben. Es ist unsinnig, dass sie von Politikern reGIERt werden, die lediglich von einer Minderheit gewählt wurden.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Streik im Märchenland: Am 30. Mai 2023 setzten Mitarbeiter des französischen Disney-Land zum Sturm auf das Fake-US-Schloss an. Foto: Videostill/privat

INFLATION UND MICKEY MOUSE

Das Verarmungsprogramm läuft, erfährt jedoch Widerstand | Von Hendrik Sodenkamp

Die Regierungs- und Konzernmedien jubeln wieder einmal. Die Inflationsrate ist wieder einmal rückläufig. »Die Inflationsrate sinkt im Mai voraussichtlich auf 6,1 (!) Prozent«, titelte die *Tagesschau.*

Den Grund für das »Absinken« der Inflation macht das Statistische Bundesamt an einem gar nicht so positiven Faktor fest: »Die Rezession wirkt Wunder an der Preisfront«. Die Zahlen für das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) mussten in der vergangenen Woche nach unten korrigiert werden.

Wirtschaftswissenschaftler der Großbank Deutsche Bank gehen davon aus, dass die Wirtschaftskrise anhalten wird. Grund hierfür seien die Regierungspläne zur sogenannten Wärme-Wende, den hohen Energiepreisen, ein Einbruch der Exporte, da die Wirtschaft der USA und Chinas schwächelten.

In zahlreichen Konzernmedien wird nun ernsthaft den »steigenden« Löhnen, die Schuld an der Inflation gegeben. Nicht etwa die Sanktionen gegen Russland, die massiven Schuldenaufnahmen aus dem Nichts der Bundesregierung und die allgemeine Geldschwemme sollen für sie verantwortlich sein. Dabei übersteigt die derzeitige Inflation die sogenannten Lohnerhöhungen bei Weitem.



Am 31. Mai 2023 nahm das französische Volk das Rathaus von Saint-Étienne in Besitz. Foto: Videostill/privat.

STREIKS

Die Mitarbeiter der Deutschen Bahn sind deshalb mit der Betriebsleitung in härtere Verhandlungen gegangen und drohen mit erneuten Streiks, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Auch in Frankreich ist die Situation angespannt. Dort streikten am 30. Mai 2023 sogar die Mitarbeiter von Disneyland. Donald, Goofy, Gustav Gans und weitere Arbeiter, denen man gesagt hatte, sie sollten »tolle Job-Chancen nutzen«, hatten die Schnauze voll von der Maskerade des US-Konzerns und streikten für 200 Euro mehr Lohn im Monat – ab sofort und unverzüglich. Bereits in der vorvergangenen Woche hatten die Jobber die Arbeit niedergelegt und die Kinder über die Bedingungen hinter den zuckrigen Fassaden aufgeklärt.

Landesweit kündigt sich außerdem eine neue Protestwelle an. In den vergangenen Wochen und Monaten war es im deutschen Nachbarland immer wieder zu gigantischen Demonstrationen, Streiks, Betriebsblokkaden und Autobahnsperrungen durch die Bevölkerung gekommen. Um weiter gegen die gehasste Rentenreform von Präsident Emmanuel Macrons vorzugehen, kündigten die großen Gewerkschaften Frankreichs am Dienstag, den 30. Mai 2023 an, den 6. Mai 2023 für Streiks und Demonstrationen zu nutzen. Man kann erwarten, dass wieder Millionen Menschen auf die Straße gehen, um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit noch zu verhindern. Der Wut der französischen Bevölkerung scheint noch lange nicht abgeebbt zu sein.



Demokrat in Hambach am 28. Mai 2023. Foto: Georgi Belickin

Germany's Energy Prices Are Higher Than Industrial Peers

Prices for businesses in US dollars per kilowatt hour (Sept. 2022)

	Natural gas	Electricity
Germany	0.312	0.765
G-7 excluding Germany	0.129	0.280

WIRTSCHAFTSJOURNALIST WILLIAM WILKES:

"Deutschland deindustrialisiert sich vor unseren Augen!" In fünf Jahren sei der völlige Zerfall der Gesellschaft komplett, so der Berlin-Korrespondent der Bloomberg-Wirtschaftsnachrichten. In der Grafik der Vergleich deutscher Abnehmerpreise (Germany) für Erdgas und Elektrizität im Vergleich mit dem G7-Durchschnitt, also USA, Japan, Britannien, Frankreich, Italien, Kanada und der BRD.

Unruhen in Serbien und im Kosovo

Es droht die Ausweitung der Kampfzone | Von Felix Feistel



Gigantische Demonstration in der serbischen Hauptstadt Belgrad am 28. Mai 2023. Foto: Videostill/telegram.

Seit Anfang Mai 2023 gibt es in Serbien massenhaften Protest auf den Straßen. Am Freitag, den 19. Mai 2023, demonstrierten zehntausende Menschen in der serbischen Hauptstadt Belgrad. Manche sprechen bereits von den größten Protesten des Landes seit 20 Jahren.

Auslöser der Proteste sind Amokläufe, die an zwei aufeinanderfolgenden Tagen das Land erschütterten. Zunächst tötete ein 13-jähriger neun seiner Mitschüler, als er an seiner Schule um sich schoss. Am folgenden Tag erschoss ein 21-Jähriger mehrere Menschen auf offener Straße.

Die Regierung verkündete daraufhin, das Waffenrecht stark einschränken, sowie die Ausgabe von Waffenscheinen für zwei Jahre aussetzen zu wollen.

Auch machte der serbische Präsident Aleksandar Vučić den drastischen Vorstoß, die Todesstrafe wieder einführen zu wollen. Von den Protestierenden wird der Regierung vorgeworfen, das Land noch weiter zu spalten. Die Opposition fordert als Reaktion auf die Amokläufe den Rücktritt der Regierung, den Vučić verweigert. Die Proteste richten sich gegen die Fortschrittspartei von Präsident Vučić. Diese wird beschuldigt, in dem Land ein Klima der Hoffnungslosigkeit erzeugt zu haben. Angeführt werden die Proteste von Oppositionsparteien, darunter die grüne Koalition Moramo. Die Proteste auf der Straße wenden sich gegen Korruption im Land und in den Medien, die zu einem großen Teil staatlich kontrolliert werden. Im Westen erwecken die Proteste bereits Träume von einem serbischen Maidan. So verkündete der österreichische Nato-Lobbyist Gunter Fehlinger auf *Twitter* seine Unterstüzung für einen solchen. Bei den sogenannten Euromaidan-Protesten Ende 2013, Anfang 2014 war in der Ukraine mit massiver Unterstüzung von Nato-Staaten, die nach Russland orientierte Regierung Wiktor Janukowytsch gestürzt worden. Serbien Präsident Vučić widerspricht dem Szenario eines serbischen Maidan. Er sei fest entschlossen, als Präsident nicht zurückzutreten. Am 26. Mai 2023 gab er jedoch seinen Posten als Parteichef der Fortschrittspartei auf. Dieser Schritt war allerdings schon längere Zeit angekündigt gewesen.

EIN NEUER MAIDAN?

Serbien befindet sich seit Jahrzehnten im Fadenkreuz des Westens. Gegenüber Russland hat das kleine Land auf dem Balkan eine eigenständige Position und verweigert sich nun auch der westlichen Sanktionen. Stattdessen baut es seine Beziehungen zu Russland aus und bezieht weiterhin Gas von dort.

DER NÄCHSTE STELLVERTRETERKRIEG?

Auch der Konflikt im Kosovo eskalierte in der vergangenen Woche erneut, als sich die serbischen Einwohner in den mehrheitlich serbischen Regionen im Kosovo weigerten, an den Bürgermeisterwahlen teilzunehmen. Nachdem dort albanische Kandidaten gewählt wurden – mit einer Wahlbeteiligung von drei Prozent – erkannten die Serben diese Kandidaten nicht als ihre Bürgermeister an. In der Gemeinde Zvečan im Norden des Kosovos mit rund 1.500 Einwohnern blockierten sie die Gemeindeverwaltung. Als sie versuchte, diese zu stürmen, kam es zu Zusammenstößen mit der albanisch-kosovarischen Polizei. Ähnliches wird aus anderen Ortschaften berichtet. Die serbische Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt und bezog Stellungen in der Nähe der Verwaltungsgrenze des Kosovo mit Serbien.

Bei einem weiteren Versuch von Serben, die Gemeindeverwaltung unter Kontrolle zu bringen, eröffneten die Polizeikräfte am 29. Mai 2023 das Feuer. Zudem waren in der Stadt Explosionen zu hören. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić sprach von 52 Verletzten, drei von ihnen schwer. Auf Seiten der Kosovo-Verwaltung beteiligten sich auch Kräfte der internationalen KFOR-Mission, die für Frieden und Stabilität in der Region sorgen soll. Der serbische Verteidigungsminister Miloš Vučević erklärte, die Spannungen drohten in einen bewaffneten Konflikt umzuschlagen. Auch der russische Außenminister Sergei Lawrow warnte vor einer Eskalation.

MELDUNG

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Russische Kampfschiffe wehrten an der Bosporus-Einfahrt drei ukrainische Unterwasserdrohnen ab, deren Ziel laut *RT* die *TurkStream*-Gas*pipeline* war. +++ US-Verteidigungsminister Austin hat den Wert der westlichen Militärhilfen für die Ukraine offengelegt: Die Leistungen der Verteidigungskontaktgruppe, in der alle 32 NATO-Länder Mitglied sind, belaufen sich bereits auf 65 Milliarden Dollar. +++ Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, ist offiziell als Kandidat ins Rennen ums Amt des US-Präsidenten eingetreten. +++ In Argentinien protestierten 350.000 Menschen gegen die zunehmende Armut. Die Inflationsrate des Landes liegt bei 108 Prozent. +++ Bei den Regional- und Kommunalwahlen in Spanien erzielte die konservative Volkspartei (PP) starke Zuwächse. Der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez löste daraufhin das Parlament auf und setzte für den 23. Juli eine Neuwahl an. +++ (ff/kmü)

FRIEDEN IM KAUKASUS MÖGLICH

In Moskau verhandeln die Regierungen Aserbaidschans und Armeniens

Von Felix Feistel

Am Donnerstag, den 25. Mai 2023, trafen sich der Premierminister Armeniens, Nikol Paschinjan, und der Präsident Aserbaidschans, Ilham Alijew, in Moskau zu Gesprächen über einen möglichen Frieden zwischen beiden Ländern, die sei Jahrzehnten im Krieg miteinander liegen.

Bei diesem Treffen erklärte Paschinjan, dass Armenien bereit sei, die Integrität des Staates Aserbaidschan anzuerkennen. Dazu gehöre auch die de-facto Republik Berg-Karabach (Arzach), die sich im Jahr 1991 von Aserbaidschan unabhängig erklärt hatte. In einem Unabhängigkeitsreferendum, das im Dezember 1991 stattgefunden hatte und das international nur von Armenien anerkannt wird, stimmten laut veröffentlichten Daten der ausgerufenen Republik Arzach 99,98 Prozent der Einwohner für eine Unabhängigkeit.

Die Wahlbeteiligung betrug demnach 82 Prozent; die aserbaidschanische Minderheitsbevölkerung boykottierte das Referendum. Zuletzt wurde 2020 um die Region Krieg geführt, wobei Aserbaidschan weite Teile Arzachs für sich erobern konnte.

Laut Armeniens Premierminister Paschinjan müssten für eine volle Anerkennung der Grenzen Aserbaidschans inklusive Arzachs die Rechte und Sicherheit der dort lebenden Armenier gewährleistet werden. Paschinjan sprach sich für einen internationalen Mechanismus aus, der dies sicherstellen solle. Zudem müsse Aserbaidschan die territoriale Integrität Armeniens innerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetrepublik anerkennen. Aserbaidschans Präsident Alijew signalisierte ein Einverständnis mit diesen Bedingungen.

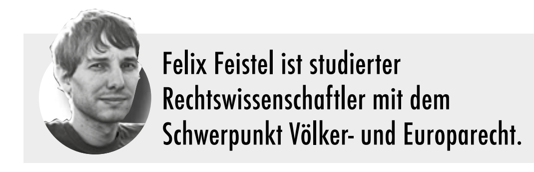
Schon zuvor hatte Paschinjan erklärt, die Zugehörigkeit Arzachs zu Aserbaidschan anerkennen zu wollen. Auf einer erweiterten Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates erklärte der armenische Premierminister, dass die beiden Länder sich auf einem guten Weg in der Entwicklung ihrer Beziehungen befänden. Die geplante Vereinbarung bedeutet, dass Aserbaidschan sieben seiner in Armenien liegenden Enklaven zurückgeben muss, im Austausch für das 1992 von Aserbaidschan eroberte Dorf Arzwaschen. Dieses ist für Armenien von Bedeutung, weil von dort Straßenverbindungen in den Iran und nach Georgien führen. Dennoch will Paschinjan den Status Quo anerkennen. Er äußerte zudem die Hoffnung, dass Aserbaidschan und die Verwaltung Stepanakerts, die Hauptstadt der de-facto Republik Berg-Karabach (Arzach), in naher Zukunft Gespräche miteinander aufnehmen könnten.

Aserbaidschans Präsident Alijew erklärte, dass er auf jeden Fall ein Friedensabkommen unterzeichnen wolle. Wann dies geschehen soll, verriet er jedoch nicht. Zudem habe er schon in der Vergangenheit vorgeschlagen, nicht nur Frieden zu schließen, sondern auch ein Integrationsmodell für den gesamten Südkaukasus entwerfen zu wollen, sodass die drei Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien sich gemeinsam entwickeln könnten.

WIDERSTAND AUS DER OPPOSITION

Er lehnte jedoch den armenischen Vorstoß ab, eine internationale Beobachtermission nach Arzach einzuladen und die Blockade des sogenannten Latschin-Korridors zu beseitigen, der einzigen Verbindung Arzachs mit Armenien. Die armenische Opposition fühlt sich von ihrem Premierminister Paschinjan verraten. Der Abgeordnete und Vizepräsident der armenischen Nationalversammlung Ishkhan Saghtelyan bezeichnete den Friedensplan als einen Fahrplan für die Kapitulation Arzachs und sagte, Paschinjan habe Arzach eine Frist von höchstens sechs Monaten gesetzt, um die Situation zu ihren Gunsten zu wenden. Auch Abgeordnete der Fraktion »Bündnis Ich habe Ehre« riefen zu landesweiten Protesten auf. Zudem erklärten zwei ehemalige Präsidenten der Republik Arzach, dass die Verwaltung Stepanakerts den Bedingungen der Armenier niemals zustimmen werde.

Dass die Gespräche in Moskau stattfanden, ist kein Zufall. Russland ist an Frieden und Stabilität im Kaukasus interessiert, da die Region Teil der russischen Entwicklungspläne ist. So soll eine Eisenbahnlinie Russland in Zukunft direkt mit dem Iran verbinden. Diese führt dabei durch den Kaukasus, wo schon einige Abschnitte der Strecke gebaut wurden. Krieg und Instabilität gefährdeten die Pläne für die engere, wirtschaftliche Integration der gesamten Region.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

STICHWORT DW-AKADEMIE

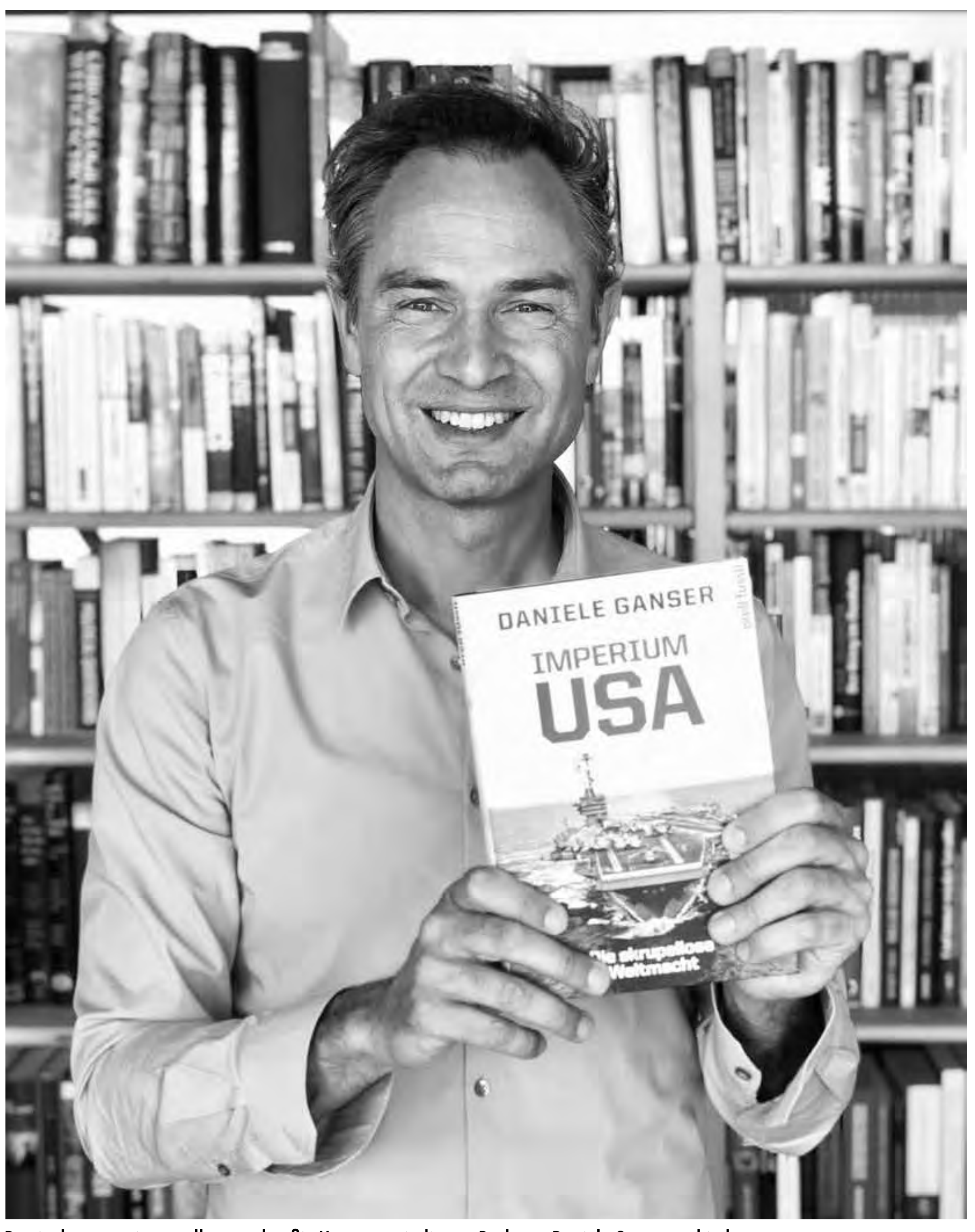
Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin.
Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«

DER FRIEDENSFORSCHER UND HISTORIKER IM INTERVIEW

Fortsetzung vom Titel | Von Klaus Müller

»Wer das b verlässt, wi

Der Friedensforscher und Historiker Dr. Daniele G



Provinzbürgermeister wollen regelmäßig Vorträge mit diesem Buch von Daniele Ganser verhindern.
Foto: Andreas Zimmermann

DW: Inwiefern?
D.G.: US-Präsident Biden und Obama erhalten die Rote Karte für den Putsch in Kiew von 2014. Präsident Selensky, weil er nach seiner Wahl 2019 den Bürgerkrieg gegen sein eigenes Volk weitergeführt hat. Präsident Putin für die illegale Invasion von 2022. Und Bundeskanzler Scholz, weil er Deutschland in den Krieg gegen Russland geführt hat, indem er Waffen an Selensky liefert und ukrainische Soldaten in Deutschland an NATO-Waffen ausbilden lässt.

DW: Sie sind Historiker und Friedensforscher, werden jedoch vom *Mainstream* abgewertet und diskreditiert. Ihre Vorträge seien pseudowissenschaftlich, Ihre Methoden umstritten, Sie ein gefährlicher Verschwörungsideologe. Was macht das mit Ihnen?
D.G.: Abwertung ist nie schön. In den sozialen Medien nennt man es *Hate* und *Shitstorms*. Ich kenne das seit vielen Jahren. Erstmals ist es 2006 passiert. Damals habe ich im *Tages-Anzeiger* in der Schweiz einen Artikel zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 publiziert und dargelegt, dass nicht zwei, sondern drei Türme damals in New York eingestürzt sind. Die meisten Menschen hatten nur die *Twin Towers* WTC1 und WTC2 im Fokus. Doch auch WTC7, das nicht von einem Flugzeug getroffen wurde, stürzte damals ein. *BBC* meldete den Einsturz 20 Minuten zu früh, das war schon sehr erstaunlich. Ich zitierte Baustatiker der ETH Zürich, die sagten, das Gebäude WTC7 wurde mit großer Wahrscheinlichkeit gesprengt. Das ist auch meine Meinung. Danach wurde ich umgehend von der US-Botschaft in der Schweiz als »Verschwörungstheoretiker« diffamiert. Einige Jahre später, als ich mich während der Coronakrise gegen die Impfung entschied und dies auch öffentlich machte, verleumdete man mich als »Covidiot« und »Coronaleugner«. Später, als Putin 2022 in die Ukraine einmarschierte, erinnerte ich an den Putsch der USA von 2014, woraufhin man mich umgehend als »Putin-Versteher« herabwürdigte. Ich kenne also das Spiel. Wer das betreute Denken verlässt und eine Position außerhalb des *Mainstreams* vertritt, wird diffamiert.

»MAN DARF SICH NICHT EINSCHÜCHTERN LASSEN«

DW: Gab es eine Zeit, in der Sie all das schlechter schlafen ließ? Und haben Sie Drohungen bekommen?
D.G.: Nein, geschlafen habe ich immer gut. Und Drohungen gab es auch keine. Man darf sich von Diffamierung nicht einschüchtern lassen. Ich erlebe ja nicht nur Abwertung, sondern auch viel Unterstützung. Meine Vorträge sind fast immer ausverkauft, auch wenn ich in großen Räumen mit 1.000 oder 2.000 Plätzen spreche. Das große Interesse an meiner Arbeit gibt mir Kraft und Zuversicht, dass immer mehr Menschen das betreute Denken verlassen und es wagen, sich selber eine Meinung zu bilden. Für diese Leute mache ich meine Arbeit. Ich möchte ihnen auch zeigen, dass es trotz Diffamierung möglich ist, ein fröhliches Leben zu leben.

DW: Ein Beispiel von vielen: In einem *t-online*-Artikel warf Ihnen Michael Butter, Professor an der Universität Tübingen, vor, Sie würden bei Ihren Vorträgen Suggestivfragen stellen, Zitate und Bildquellen aus dem Zusammenhang reißen und alles verschweigen, was nicht zu Ihren Argumenten passt. Was entgegnen Sie dem?
D.G.: Michael Butter diffamiert mich seit Jahren. Es ärgert ihn, dass ich die Meinung vertrete, dass WTC7 gesprengt wurde und dass wir von US-Präsident Bush nie ehrlich über den 11. September 2001 informiert wurden. Auch der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, der auf 9/11 aufbaute und 20 Jahre gedauert hat, ist meiner Ansicht nach illegal und falsch. Herr Butter ist kein Historiker, sondern Professor für amerikanische Literatur. Er vertritt die Meinung, WTC7 sei nicht gesprengt worden, sondern durch Feuer eingestürzt. Er glaubt, die US-Regierung habe uns zu 9/11 die Wahrheit erzählt. Diese Meinung darf Herr Butter gerne haben. Ich habe ihn nie diffamiert. Jeder soll selber sein Fazit aus den vorhandenen Daten ziehen. Vor einigen Jahren habe ich in Dresden bei den Jazztagen einen Vortrag gehalten. Es lief das übliche Spiel: Herr Butter hat mich vor dem Vortrag in den Medien diffamiert. Daraufhin habe ich ihn eingeladen, zum Vortrag zu kommen und nach dem Vortrag mit mir auf der Bühne vor laufenden Kameras zu diskutieren. Aber er kam nicht.

DW: Sie sollen laut *Mainstream*-Berichten gar den Holocaust verharmlosen. Was sagen Sie dazu?
D.G.: Das ist eine absolute Frechheit, weil ich mich seit Jahren gegen Gewalt und Krieg und Diskriminierung einsetze und immer betone: Wir sind eine Menschheitsfamilie und sollten unsere Konflikte ohne Gewalt lösen. Genau das sind die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg, die leider viele vergessen haben, die sich heute für Waffenlieferungen und höhere Rüstungsausgaben stark machen und andere Nationen pauschal diffamieren.

DW: Wie also ist dieser absurde Vorwurf entstanden?
D.G.: Während der Coronakrise habe ich als Ungeimpfter im Bahnhof Basel ein großes Plakat aufhängen lassen mit dem Text: »Lasst uns wieder Brücken bauen! Alle gehören zur Menschheitsfamilie. Sowohl Ungeimpfte als auch Geimpfte!« Das Plakat hing auch in Bern und in Zürich. Der Filmemacher Marijn Poels fand das eine spannende Aussage und hat mich gebeten, vor dem Plakat ein Interview mit ihm zu führen für den Film »Pandemed«, der im September 2022 veröffentlicht wurde und den Abbau der Bürgerrechte während der Coronakrise kritisiert. Der Film präsentiert kritische Stimmen, u. a. von Ärzten, Wissenschaftlern und Juristen. Auch ich komme darin vor.

DW: Mit welchen Aussagen?
D.G.: Ich sitze vor meinem Plakat und erkläre, dass Spaltung gefährlich und schlecht ist. Konkret sagte ich: »Oder im Dritten Reich Juden und Nazis, da haben die Nazis gesagt, die Juden, das sind Tiere und haben sie vergast. Oder in Kambodscha hat Pol Pot eine Revolution gemacht und gesagt, alle, die Brille tragen, das sind die klugen Menschen, das ist die Oberschicht, die müssen wir umbringen, ›killing fields‹. Das heißt, es gab immer lokal in einzelnen Ländern Wahnsinn. Aber jetzt ist weltweit Wahnsinn. Also das ist neu, dass eigentlich jetzt in der ganzen Welt diese Spaltung zwischen geimpft und ungeimpft ist und dass die zwei Gruppen wie zwei Armeen gegeneinander ziehen.« Danach haben Massenmedien behauptet, ich sei ein Antisemit, was völlig absurd ist. So schrieb *t-online* damals: »Die Sozialpsychologin Pia Lamberty wirft Ganser deshalb vor, den Holocaust zu verharmlosen: ›Die Logik seiner Aussagen lautet, wenn man es zu Ende denkt: Die Ungeimpften sind die neuen Juden.‹ Auch das sei eine Form des Antisemitismus.« Ich beobachte das genau.

DW: Mit welchem Ergebnis?
D.G.: Mir fällt auf: Es wird etwas behauptet, was ich nie gesagt habe. Und danach wird auf dieser Erfindung ein Urteil gefällt. Ich habe nie gesagt, Ungeimpfte wurden während der Coronakrise wie Juden im Dritten Reich behandelt. Denn das ist eindeutig nicht der Fall. Aber ich habe vor der Spaltung der Gesellschaft gewarnt. Und diese gab es ganz klar im Dritten Reich wie auch während der Coronakrise.

DW: Ist es nicht inzwischen so, dass man Diffamierungen der *Mainstream*-Medien als eine Auszeichnung ansehen muss?
D.G.: Ja, vermutlich ist es so. Aber es ist trotzdem nicht angenehm. Die *ARD* hat am 24. März 2023 einen langen Artikel publiziert, in dem sie warnte, man dürfe Daniele Ganser, Ulrike Guérot und Gabriele Krone-Schmalz nicht zuhören, wir seien zum Thema Ukraine »fragwürdige Experten«, weil wir auch den illegalen Putsch der USA und den Bürgerkrieg vor der illegalen russischen Invasion ansprechen und Waffenlieferungen ablehnen. Wir sind also nicht in dem von der Regierung vorgegebenen *Mainstream*, und daher werden wir von der *ARD* abgewertet. So läuft das Spiel. Und dabei gibt es von einigen Medien auch Schläge unter die Gürtellinie und man wird als Nazi oder Rechter *geframt*.

DW: Die Medien kritisieren mitunter sogar Ihre smarte Art, Ihr Aussehen und Ihre Eloquenz und dass Sie es wagen, mit Ihren Auftritten auch noch Geld zu verdienen. Ist das nicht irre?
D.G.: Das ist tatsächlich ziemlich verrückt.

DW: Lesen Sie noch Artikel aus den *Mainstream*-Medien über sich?
D.G.: Ich habe früher auch die schlechten Artikel über mich gelesen, in der Hoffnung, eine Schwachstelle in meiner Argumentation zu finden. Doch inzwischen weiß ich, dass meine Argumente in diesen Artikeln gar nicht

betreute Denken rd diffamiert!«

Ganser im Interview | Von Klaus Müller

wiedergegeben, sondern absichtlich verzerrt werden und dass der *Mainstream* nur meine Person diffamiert. Daher lese ich die meisten schlechten Artikel über mich jetzt gar nicht mehr, es hat keinen Sinn.

DW: Was halten Sie von ihrem *Wikipedia*-Eintrag?
D.G.: Auch meinen *Wikipedia*-Eintrag lese ich nicht mehr. Er wird von Jahr zu Jahr schlechter und ist nicht objektiv, sondern eine Zusammenfassung von negativen Berichten, die verschiedene *Mainstream-Medien* über mich geschrieben haben. Auch dort ist das Muster klar: Wer sagt, beim 11. September wurden wir angelogen, wer die Kriege der NATO-Staaten hinterfragt, sich nicht gegen Corona impfen lässt und den Putsch der USA in der Ukraine von 2014 anspricht, erhält zur Strafe einen schlechten *Wikipedia*-Eintrag. Das ist nicht fair. Aber so läuft der Hase.

»WIR VERHARREN IN EINER UNMÜNDIGEN UND KINDLICHEN GESELLSCHAFT«

DW: Wenn es nur eine Wahrheit gibt und diese so eindeutig ist, warum haben viele Angst davor, wenn andere das Gegenteil behaupten und was macht vermeintliche *Fake News* dann so gefährlich, dass man sie verhindern muss?
D.G.: Jene, welche »*Fake News*« rufen, möchten unbedingt die Mehrheit der Menschen im betreuten Denken halten, also am liebsten vor dem Fernseher und dort vor dem Kanal der Regierung. Das ist in fast allen Ländern so. Natürlich behaupten die Journalisten, die für die öffentlich-rechtlichen Medien arbeiten, dass sie völlig frei seien und alle Perspektiven in den Dialog einbringen. Aber das ist ganz eindeutig nicht der Fall. Im Zweifel folgen *ARD* und *ZDF* und auch *SRF* in der Schweiz und *ORF* in Österreich der Linie der Regierung. Es gab auf all diesen Sendern keine lange Debatte während der Coronazeit zwischen Sucharit Bhakdi, der vor der Impfung warnte, und Christian Drosten, der sich für die Impfung aussprach. So etwas hätte ich mir gewünscht. Bei 9/11 gab es auch keine Debatte über WTC7 auf *SRF*, das wurde totgeschwiegen. Und jetzt, während der Krieg in der Ukraine läuft, wird nicht mehr über den Putsch von 2014 gesprochen, obschon die *ARD* in *Monitor* kurz nach dem Putsch im März 2014 noch eine gute Dokumentation zum Thema zeigte, über die man heute aber nicht mehr sprechen möchte. Kurzum: Der Meinungskorridor ist eingeschränkt.

DW: Fakten und Wahrheit scheinen in unserer heutigen Welt kaum noch eine Rolle zu spielen. Der Staat versteht sich zunehmend als Absender der einzigen Wahrheit. Er wünscht sich keine mündigen Bürger, sondern Untertanen. Oder wie sehen Sie das?
D.G.: Das ist auch mein Eindruck. Auch in der Schule und an den Universitäten wird in vielen Fällen nicht das selbstständige kritische Denken geübt, sondern oft nur das Lernen von vorgegebenen Inhalten, die dann in der Prüfung abgefragt werden. Wenn ein Schüler oder eine Studentin kritische Fragen zu Corona, 9/11 oder zum Ukraine-Konflikt stellt, wird er nicht gelobt und unterstützt, sondern in die Schranken gewiesen. So verharren wir in einer unmündigen und kindlichen Gesellschaft. Es ist ein Zeichen von erwachsen sein, wenn man sich eine abweichende Meinung erarbeiten und diese im Diskurs einbringen kann. Diesen Prozess möchte ich mit meinen Vorträgen unterstützen und die Menschen stärken, die selber denken. Dies immer mit Wertschätzung für andere Menschen und im Bewusstsein, dass es zu allen Themen unterschiedliche Ansichten gibt und dass wir uns deswegen nicht abwerten müssen.

DW: Wir leben in einer Zeit der Umkehrung: Masken und Impfung bedeuten Freiheit, Diffamierung Andersdenkender Solidarität und Waffen sollen angeblich Frieden schaffen. Ist die Welt verrückt geworden?
D.G.: Ja, ich denke es gibt Anzeichen, dass wir es hin und wieder – zum Glück nicht überall – mit Wahnsinn zu tun haben. Dass Panzer Frieden erzeugen, war für mich nie glaubhaft in den letzten Jahrzehnten, ist es auch heute nicht. Mehr Waffen verlängern den Krieg, ähnlich wie ein Feuer länger brennt, wenn man Holz nachlegt. Wenn die Besitzer der Rüstungskonzerne von beiden Lagern an die Front müssten, wäre der Krieg morgen vorbei. Ein weiters Beispiel für Wahnsinn in unserer Welt ist dies: Präsident George Bush ist in Freiheit, während Journalist Julian Assange in London im Gefängnis sitzt. Bush hat 2003 den illegalen Angriff auf Irak befohlen, Assange Kriegsverbrechen von US-Soldaten im Irak dokumentiert. In einer gesünderen Welt wäre Bush im Gefängnis und Assange in Freiheit.

DW: Sie sprechen oft von der Menschheitsfamilie. Wie ist Ihrer Meinung nach die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden?
D.G.: Indem wir erkennen, dass jeder Mensch zur Menschheitsfamilie gehört, unabhängig von Nationalität, Religion, Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Bildung oder Einkommen.

DW: Abschließend zur aktuellen politischen Lage: Der Westen liefert nun auch Raketen und Kampfjets in die Ukraine. Wie hoch schätzen Sie derzeit das Risiko eines Dritten Weltkrieges ein?
D.G.: Papst Franziskus hat gesagt, dass wir schon im Dritten Weltkrieg sind, wenn man die vielen Länder betrachtet, die als Lieferanten von Waffen oder mit Ausbildung von Soldaten auf ihrem Gebiet oder auch mit Soldaten vor Ort beteiligt sind. Und tatsächlich sind ja nicht nur Russland und die Ukraine, sondern auch die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und weitere Länder an diesem Krieg beteiligt. Anders als im Ersten oder Zweiten Weltkrieg finden die Kampfhandlungen aber nicht in vielen verschiedenen Ländern statt, sondern nur in der Ukraine. Es gilt aus der Sicht der Friedensforschung zu verhindern, dass der Krieg sich ähnlich wie ein Krebs ausbreitet. Wenn man aber sieht, dass die Ukraine jetzt auch in Belgorod in Russland kämpft, also auf russisches Territorium vorgedrungen ist, und dass zudem der Terroranschlag auf die *Nordstream* ja in der Ostsee stattgefunden hat, dann wird klar, dass die Kampfhandlungen sich ausgebreitet haben auf mehrere Länder. Daher ist es besonders wichtig, Raum für Deeskalation und Friedensgespräche zu schaffen. Mehr Kriegspropaganda von beiden Seiten ist auf jeden Fall das Letzte, was uns jetzt weiterhilft.

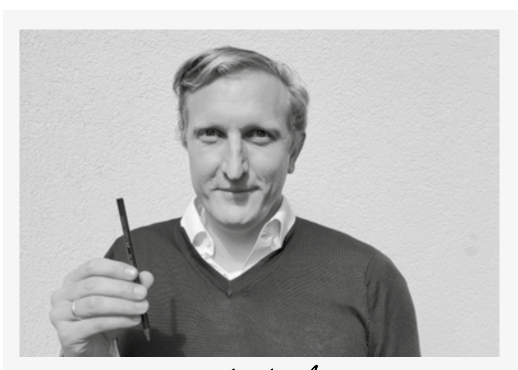
DW: Herr Dr. Ganser, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Stets ausverkauft: Wo Daniele Ganser auf der Bühne steht, bleibt im Publikum kein Platz unbesetzt. Foto: Dirk Wächter



Das Letzte – von Anselm Lenz

BBC WILL ZUBEISSEN

Seit der Bekanntmachung, dass die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) an alle Kioske in Österreich, der Schweiz, der BRD und darüber hinaus kommen wird, wird der DW massiv bestürmt. Das Ziel: Die Zerstörung des weltweit führenden Printmediums der Aufklärung der Corona-Lüge, des Grundgesetzes und vor allem der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020.

Die britische BBC, die 2021 den deutschen Anwalt und Demokraten Samuel Eckert mit den verrufensten Sexualstraftaten verleumdet hatte, wandte sich zuletzt intensiv an Familienmitglieder im DW-Umfeld – und setzte am Mittwoch dem DW eine Frist zur Beantwortung von Fragen. Dies nachdem wir zweimalig und sehr gut begründet die Interview-Anfragen der berüchtigten BBC-Propagandistin Marianna Spring abgelehnt hatten (DW berichtete).



Diese Fristsetzung ist unter formal gleichrangigen Journalistenkollegen ein völlig unüblicher Vorgang, zumal über Betriebs- und Landesgrenzen hinweg; das DW-Archiv aller 134 Ausgaben ist frei zugänglich. Da steht alles drin.

WEITERE BETEILIGTE AN DIESEM STURM AUF DEN DW, DER SEIT ZWEI MONATEN ANHÄLT:

- Der bekannte Fake-Anwalt und Geldeinsammler Markus Haintz
- Die Bayerische Staatskanzlei und die LMU München
- Der »gefallene Engel« Martin Lejeune
- Die Hamburger Nachrichtenillustrierte Spiegel
- Erbengemeinschaft A. Paul Weber (parteinah)
- Unsere Konkurrenz von der Wochenzeitung Zeit
- Und weitere Personen und Entitäten, die wir aus eigenen Ermittlungsgründen hier auf Anraten unserer Detekteien nicht mit aufzählen.

Will sagen: JETZT ist der Zeitpunkt, den DW zu stärken!

UND DAS GEHT SO:

- demokratischerwiderstand.de/spenden
- demokratischerwiderstand.de/verteilen
- demokratischerwiderstand.de/abo

Oder direkt, siehe den DW-Coupon auf Seite 16 beziehungsweise durch Crowdfunding an

Name: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
BIC: WELADED1UMP
Verwendungszweck: Crowdfunding

DANKE VIELMALS UND AUCH EIN: BITTESEHR!

Anselm Lenz, Journalist, Verleger, Mitgründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020

Wendehälse

Die Demokratiebewegung setzt sich durch. Doch warum fielen so viele unserer Mitbürger auf die Propaganda herein? Was erwartet uns beim Sieg? Und was sollten wir gesellschaftlich angehen?
Eine DIAGNOSE des Mediziners und Psychologen Dr. K. Herthneck

Es herrscht ein systemisches Kernübel in der Welt: Liebesmangel in der Kindheit. Dadurch, dass Kinder nicht um ihrer selbst willen vorbehaltlos geliebt werden, entsteht in ihnen eine sogenannte »narzisstische Kränkung« – denn jedes Kind hat es verdient, um seiner selbst willen bedingungslos geliebt zu werden, und »weiß« das auch.

Mit dieser Art seelischer Verletzung ist gemeint, dass das Selbstwertgefühl nachhaltig geschädigt wird beim Betreffenden, und zwar je mehr je häufiger es zu sogenannten Invalidierungserfahrungen kommt. Dann dominiert in einem Menschen der Eindruck »Ich bin nicht okay« – und im schlechtesten Falle außerdem auch: Und Du bist auch nicht okay. – Was sich dann auf jeden Menschen bezieht.

Die so entstandene narzisstische Wunde konstituiert dann spätestens als Erwachsener eine sogenannte strukturelle Ich-Schwäche: Es ist dann kein starkes Ich, keine wirklich starke Persönlichkeit entstanden, sondern jemand, der sich seelisch insgesamt und allgemein nicht gut aufgestellt fühlt. Wenn dieser Seelenkomplex auch noch verdrängt wird, dann bildet sich als Überbau oder Hülle ein sogenanntes falsches Selbst.

HELFER UND TÄTER

Das falsche Selbst ist dabei nichts als ein Mantel, der das eigentliche Geschehen, das eigentlich erfahrene Leid sowie das daraus entstandene Leiden verhüllt – in erster Linie vor anderen, aber auch vor sich selbst. Der Aufbau eines falschen Selbst bedeutet zudem den mehr oder minder verzweifelten Versuch, das, was einem seelisch fehlt, durch alles mögliche andere zu füllen: durch Konsum, Karriere, Kommerz, Kapitalismus und ähnliche Oberflächlichkeiten. Das Sinnlose wird dann zum Sinn von Sein gemacht – wie es weithin zumindest in der westlichen »Werte«-Hemisphäre heute bereits der Fall ist. Hier herrscht neben Konsumismus insbesondere Leistungs- oder wahlweise eben Machtstreben – vor allem wenn andere Auswege versagt geblieben sind – und natürlich auch das sogenannte Helfersyndrom im Sozialberufsfeld (das Schmidbauer schon 1992 so eindrucksvoll beschrieb in Hilflose Helfer). Die seelische Tragik der helfenden Berufe ist allerdings nichts als die Kehrseite der Medaille, auf deren Gegenseite etwa Psychopathen in Führungspositionen stehen: Beide versuchen letztlich vor allem ihr Selbstwertgefühl irgendwie zu stabilisieren oder aufzupolstern.



Schlechte Erziehung: Vereinzelte, aufgestachelte Mitbürger in Hambach am 28. Mai 2023. Foto: Georgi Belickin.

Während die Helfenden durch caritative Verhaltensweisen Selbststabilisierungsversuche unternehmen, versucht es die Schattenseite meist durch menschenverachtende oder zumindest egozentrische Ziele. Da die Menschheit dieses Problem allerdings schon lange kennt und trotzdem nicht behebt, entsteht der Verdacht, dass das vielleicht so gewollt ist: Unglückliche Kinder ergeben eben leider die besten späteren Sklaven fürs System.

Dadurch entstehen zwei narzisstische Persönlichkeiten: Eine Form von Opferselbst, das sich in untergeordneten, selbstaufopfernden Positionen gut fühlt, und eine Variante von Täterselbst, das andere unterdrükken, quälen oder umbringen muss, um sich gut zu fühlen. Wird dann etwa durch politische oder wirtschaftliche oder sonstige krisenhafte Veränderungen eine Person potentiell entmachtet – egal ob sie in der Up- oder Down- Position bislang tätig war –, dann muss es zwangsläufig zu Wendehalsphänomenen kommen, wie wir sie beispielsweise vom Ende des 3. Reichs her kennen: Der vorherige Obernazi wird zum Königskommunist oder Superdemokrat.

DIE LÜCKE FÜLLEN

Wie geht das zusammen? Natürlich nur dadurch, dass man sowieso an nichts glaubt, auch an sich selbst nicht, und einfach nur opportun auf der gerade zufällig herrschenden Machtwelle mitsurvt. Wenn wir also wirklich etwas grundlegend verändern wollten an unserer völlig falschen Lebensweise, dann müssten wir die Bedingungen beenden, die beständig soziale Kälte und Selbstentfremdung produzieren und reproduzieren. Ein Anfang wäre, wenn wir darüber in offenen Dialog kämen.

Dr. K. Herthneck ist Psychoanalytiker und studierte und promovierte in Humanmedizin und Psychologie an Universitäten im In- und Ausland. Die letzten Jahre leitete er eine Psychiatrie-Ambulanz an einem Krankenhaus und lehrt zudem seine Fächer an verschiedenen Universitäten.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

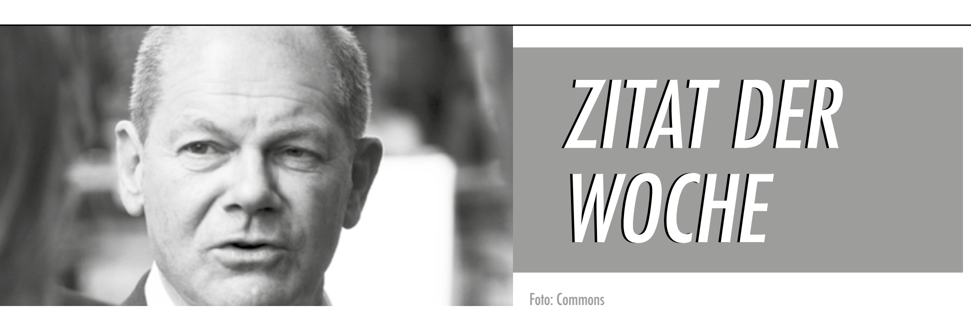
Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:




DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
WIR HOLEN UNSER GELD ZURÜCK!
NICHTOHNEUNS.DE

DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 135 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 93 vom 11. Juni 2022.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nicht in eine Rezession geraten werden.«

Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Interview mit Bloomberg Mitte Januar 2023.
Die Realität hat ihn bereits eingeholt: Im ersten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent geschrumpft und Deutschland damit in eine Rezession gerutscht.

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

03.06.202 • Berlin;Galerie Maifoto,Dresdener Str. 18, 10999 Berlin • LESUNG • »Vorurteile in Lach-Haft« von Sven Kocar • 18:00 und 20:00 Uhr • Eintritt frei • Informationen unter www.svocar.de

03.06.2023 • Berlin; Mauerpark, Amphitheater • FRIEDENSFEST, KONZERT • »Musik ist unsere Waffe« mit Kilez More, Captain Future, Perin Dinekli, Bustek&Lapaz, Basis Band Berlin u.v.m. • ab 14 Uhr • Eintritt frei

03.06.2023 • Cottbus; Bunter Bahnhof, Güterzufuhrstr.8 • KONZERT • »Der stille Tanz« von und mit Lüül Trio • 20:00 Uhr

03.06.2023 • Hamburg; Rudolf Steiner Haus, Mittelweg11-12, 20148 Hamburg • KONZERT • »Soli-Konzert für Julian Assange« mit Koboltwerk, Bijan,Ernesto Schwarz, Bernie Hard, Stefan Mahalo, Stadtpark Trommler, Chanten 4 Assange • Einlass 18:30 Uhr, Beginn 19:00 Uhr

06.06.2023 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalderstr.23A • FAIR TALK TV • »Ankunft der künstlichen Intelligenz – Ist der Mensch Schöpfer oder Auslaufmodell« mit Jens Lehrich • 19:30–23:00 Uhr • Tickets: ab 25€ unter reservix.de, fairtalk.tv

09.06.2023 • Bitburg; Stadthalle, Römermauer 4, 54634 Bitburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19.30 bis 21:30 Uhr • Tickets: 33 Euro unter kabarett-musik.de

09.06.2023 • Fürstenwalde • KONZERT • »Solikonzert für Julian Assange« mit Jens Fischer Rodrian • mehr Informationen unter wahnund-sinn.com

10.06.2023 • Stäbelow; Markthalle • KONZERT, FLOHMARKT • »Solikonzert für Julian Assange« von Künstlern für die freie Rede mit Jens Fischer Rodrian, Karsten Troyke, Alexa Rodrian, Isi Reicht, Lui Koray, Lüül • !7:00-20:00Uhr • Tickets im Vorverkauf bis 07.06.2023 ab 14€ unter mensch-lich-werte-schaffen.de

01. und 02.07.2023 • Berlin; Hotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin • PSYCHOLOGIE-SYMPOSIUM • »Aus der Angst in die Selbstermächtigung« mit Bastian Barucker, Katja Wrobel, Katharina von Weiler, Prof. Klaus-Jürgen Bruder uva. • Tickets unter ppt-symposium-selbstermaechtigung.de

17.06.2023 • Halle (Saale);Comcenter Halle, Willy-Brandt-Str.57, 06110 Halle • TAGESKONGRESS • »Spirituelle Mathematik« von der Gaia Akademie mit Axel Klitzke, Frank Jacob, Frank Bohne, Andreas Beutel,Christian A.M. Wagener, sowie Musik von und mit Georg Bermuda • 10:00-21:00Uhr • Tickets ab 35€ unter www.gaia-akademie.org

26.-30.07.2023 • Friesack; Freilichtbühne, Vietznitzer Str.14, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica 2023« • Tickets und Informationen unter pax-terra-musica.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine Email an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, ISBN: 978-3-9822745-1-5



MINIMA MORTALIA
Reflexionen über den Tod in in der Moderne
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-0-8



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



Marta Kostjuk Foto: Commons

FAIRPLAY MIT FÜSSEN GETRETEN

Verweigerter Handschlag der Ukrainerin Kostjuk sorgt für Wirbel

KOMMENTAR von Klaus Müller

Was in manchen Menschen vor sich geht, möchte man manchmal so genau besser nicht wissen. Marta Kostjuk gehört zu eben diesen. Die ukrainische Tennisspielerin schied bei den *French Open* in Paris Ende Mai nach einem 3:6, 2:6 gegen die Weltranglistenzweite Aryna Sabalenka aus, verweigerte ihrer Kontrahentin nach dem Erstrunden-*Match* den obligatorischen Handschlag und würdigte sie keines Blickes.

Der Grund: Sabalenka stammt aus Belarus. Nein, der wahre Grund ist wohl eher Kostjuks Geisteshaltung. Als Ukrainerin fühlt sie sich offenbar Menschen aus Russland und Weißrussland moralisch überlegen. Damit ist sie freilich kein Einzelfall. Gutmenschen haben in diesen Zeiten Hochkonjunktur. Leider auch im Sport. Als Kostjuk Anfang März das Turnier in Austin (USA) gewann, verweigerte sie auch schon ihrer russischen Gegnerin Warwara Gratschowa den Handschlag. Das war keine Überraschung, hatte sie doch bereits angekündigt, dies bei Spielerinnen zu tun, die aus Russland oder Belarus kommen und sich nicht eindeutig gegen den Krieg in der Ukraine positionieren.

Aber wie heißt es aus gutem Grund: Politik und Sport sollte man stets trennen (siehe auch Seite 4 dieser Ausgabe) und die Athleten sich ausschließlich auf ihren Wettkampf konzentrieren. Mit ihrem Verhalten geht Kostjuk leider einen anderen Weg und tritt somit das *Fairplay* mit Füßen. Genau das realisierte das feinfühlige Publikum auf dem *Court* Philippe-Chatrier und verabschiedete die Ukrainerin mit lautstarken Pfiffen, Buhrufen und nur wenig Applaus. Einsicht kehrte bei Kostjuk deswegen aber nicht ein – im Gegenteil: »Was heute passiert ist, habe ich nicht erwartet. Die Leute sollten sich schämen«, erklärte sie anschließend. »Ich will sehen, wie die Leute in zehn Jahren reagieren, wenn der Krieg vorbei ist. Ich denke, sie werden sich dann nicht gut deswegen fühlen.«

Ihre Gegnerin äußerte sich dagegen verständnisvoll: Kostjuk habe es »nicht verdient, den Platz so zu verlassen. Ich verstehe, warum sie uns nicht die Hand geben«, sagte Sabalenka. »Niemand auf dieser Welt, russische oder belarussische Athleten, unterstützen den Krieg. Falls es irgendwie den Krieg beeinflussen könnte, falls es ihn beenden könnte, würden wir es tun. Aber leider liegt es nicht in unseren Händen.« Kostjuk reichen diese Sätze nicht. Ihre Meinung über Sabalenka steht: »Ich respektiere sie nicht.«

Die WTA, Vereinigung der professionellen Tennisspielerinnen, ließ vor kurzem bereits gegenüber *The Tennis Podcast* verlauten, dass es eines ihrer Grundprinzipien sei, sicherzustellen, dass Athleten ohne jede Form von Diskriminierung an Tennisturnieren teilnehmen können und nicht für Entscheidungen von Regierungen ihrer Länder bestraft werden dürften. Darüber sollte sich Kostjuk mal Gedanken machen. Immerhin – und dies sei zu ihrer Entschuldigung angemerkt – ist sie mit 20 Jahren noch recht jung und (hoffentlich) lernfähig.

SPORT MIT BERTHOLD

MONEY TALKS

Die Fußball-Bundesliga war lange nicht mehr so spannend wie in der abgelaufenen Saison. Der FC Bayern hat in den zurückliegenden Jahren über 231 Millionen Euro an Transferausgaben gehabt. Daher ist die elfte Meisterschaft in Folge nur der Trostpreis für eine teure Mannschaft, der es trotz all des Geldes an Persönlichkeiten und Klasse fehlt.

Nach dem letzten Triumph in der *Champions League* konnten Spieler wie Ribéry und Robben nicht adäquat ersetzt werden. Und die Fußstapfen von Schweinsteiger und Lahm haben ebenso große Spuren hinterlassen. Unerklärlich ist auch, dass es nicht gelungen ist, Stürmer Robert Lewandowski zu ersetzen. Dazu kommt noch, dass Spieler wie Thomas Müller und Manuel Neuer schon lange über ihren Zenit sind. Daher kann die Arbeit des im März abrupt eingesetzten Trainers Thomas Tuchel gar nicht bewertet werden. Er fand eine verunsicherte Mannschaft vor, die sich in einer Transformationsphase befindet. Es wird sich jetzt zeigen, welche Spieler bleiben werden und welche nicht.

Eins ist auf jeden Fall klar: So verwundbar wie jetzt wird der FCB lange nicht mehr sein. Uli Hoeneß hat mit seinen beiden Personalien Kahn und Salihamidzic für das Management komplett danebengelegen, insbesondere menschlich, da vor allem Oliver Kahn kein »Menschenfänger« ist. Der Konkurrent aus Dortmund hat dagegen viele Herzen gewonnen und eine fantastische Fangemeinschaft. Aber wenn am letzten Spieltag ein Sieg gegen Mainz 05 ausreicht, um Deutscher Meister zu werden, bedarf es einer anderen Einstellung und einer anderen mentalen Bereitschaft. Zwei Gegentore darf man in einem solchen Spiel nicht bekommen. Aber vielleicht kann der BVB gerade aus solchen Erfahrungen Kraft schöpfen und wieder neu angreifen. Ich befürchte aber, dass zum Beispiel der wahrscheinliche Abgang von Topstar Bellingham eine Lücke hinterlässt, die nur schwer zu schließen sein wird. *Money talks in football!*

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



AGENTUREN UND MACHT

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Die Schranken zwischen Gegenöffentlichkeit und Leitmedien sind nach wie vor unten. Personen, Studien, Gewissheiten: Es kommt so gut wie nichts durch. Der Schlüssel liegt bei den Nachrichtenagenturen – nicht nur hier.

Die Idee war brillant. Wir geben eine Umfrage in Auftrag, hat sich das *Kontrafunk*-Team um Burkhard Müller-Ullrich gedacht, bei einem renommierten Institut, repräsentativ und damit richtig teuer. Wir suchen uns ein Thema, das alle interessiert, und melden das, was rausgekommen ist, wenn ganz Deutschland über dieses Thema spricht. Die Lage der Kirchen zu Pfingsten. Ein Selbstläufer. Damit kommen wir in jede Zeitung. Damit machen wir Werbung auch für uns. Pustekuchen. Die *Kontrafunk*-Ergebnisse sind spannend, keine Frage. Selbst die Mitglieder mögen ihre Kirche nicht mehr. Jeder Dritte will austreten, und nur noch jeder Zweite sagt, er sei religiös. Die Gründe liegen auf der Hand. Dem Staate, was des Staates – der Kirche, was der Kirche ist? Ein Märchen aus einem Land vor unserer Zeit. Corona, Klima und überhaupt. Von vielen Kanzeln hört man morgens die gleichen Töne wie abends in der *Tagesschau*.

Die *Kontrafunk*-Macher haben gelernt, dass es mehr braucht als eine spannende Meldung, um es in diese Sendung zu schaffen. Die *Schweizerische Depeschenagentur,* die *APA* in Österreich, die *dpa*: Die drei großen deutschsprachigen Nachrichtenagenturen haben es abgelehnt, über die Umfrage zu berichten. Damit kein Echo, nirgendwo – außer bei denen, die ohnehin schon wissen, dass es den *Kontrafunk* gibt.

Ich habe ganze Bücher gefüllt, um zu ergründen, warum der Raum des Sagbaren so klein geworden ist in den Leitmedien. Die *DW*-Leser kennen meine wichtigsten Antworten: Geld und andere Leckerli vom Staat. Sprachformeln aus der gleichen Quelle. Homogene Redaktionen, verzaubert vom *Parfum* der Macht. Mindestens genauso wichtig sind *dpa* und Co. Hier wird entschieden, worüber das Land sprechen darf und sprechen soll. Jede Zeitung, jeder Sender, jedes Webportal kann das übernehmen, ohne Angst haben zu müssen, Gegenfeuer auf sich zu ziehen. Mit der *dpa* ist man auf der sicheren Seite. Die *dpa* spart den Redakteuren Arbeit und begräbt dabei die öffentliche Debatte.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihre lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihre Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhän gige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 136 erscheint am Samstag 17. Juni 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

— oder —

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE, HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin